

Milieuschutz für Neukölln

Spät kommt er, doch er kommt. Und jetzt kommt es auf die Umsetzung an. [Seite 8](#)



Betriebsräte im Fadenkreuz

Wenn Mitspracherechte der Angestellten beim Geldverdienen stören. [Seite 7](#)



33 Jahre in Containern?

Neubau der Clay-Schule verzögert sich weiter. Und niemand will schuld gewesen sein. [Seite 2](#)

Neuköllner Stachel

Bündnis 90 / Die Grünen (Europäische Grüne Partei) in Neukölln | Nr. 181, Ausgabe II / 2014

Beteiligung ist kein Mittel zum Zweck

Es war ein Schock für den rot-schwarzen Senat. Nach ihrer überraschenden Niederlage beim Volksentscheid zum Tempelhofer Feld hat sich die Große Koalition deshalb beeilt, zu versprechen, bei Großprojekten zukünftig anders zu verfahren. Etwa beim Thema Olympia in Berlin, über das auf einmal auch der Senat eine Volksabstimmung durchführen will. Als eine Lehre aus Tempelhof soll es bei der Olympia-Bewerbung auch mehr Bürger_innenbeteiligung geben, deren Ziel Klaus Wowerit folgendermaßen beschrieben hat: „Wir müssen für Akzeptanz sorgen.“

Und genau hier beginnt das Problem bzw. eines der großen Missverständnisse dieses Senats. Denn Beteiligung ist kein Mittel zum Zweck. Es geht nicht darum, seitens der Regierung dafür zu „sorgen“, dass die Bevölkerung Entscheidungen der Politik besser „akzeptiert“. Eine gute Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern setzt voraus, dass auch die politisch Verantwortlichen und die zuständige Verwaltung Beteiligung als einen gemeinsamen Prozess verstehen, bei dem alle Seiten dazulernen. Je ergebnisoffener ein Beteiligungsverfahren ist und je frühzeitiger die Bevölkerung eingebunden wird, desto größer ist die Chance, dass am Ende echte Akzeptanz entsteht, weil sich alle Beteiligten erfolgreich einbringen konnten.

Gute Beteiligung braucht Transparenz und klare Regeln

Beim Thema Beteiligung gibt es noch andere Missverständnisse. Es kann sich zum Beispiel verheerend auswirken, wenn die Verantwortlichen nicht gleich zu Beginn auch die jeweiligen Grenzen von Beteiligung aufzeigen. Denn in vielen Verfahren sind Politik und Verwaltung keinesfalls frei von Vorgaben, seien sie rechtlicher oder finanzieller Natur. Nichts führt zu mehr Frust bei Menschen, die sich einbringen wollen, als wenn ihnen Entscheidungsfreiheit nur vorgegaukelt wird.

Überhaupt fehlt es in Berlin an der nötigen Transparenz, an klaren Regeln und Verfahrensabläufen. Andere Städte sind hier viel weiter. Auch Berlin bräuhete nach ihrem Vorbild ein Leitbild, das Beteiligungsstandards definiert und Verfahrensklarheit schafft, damit alle Beteiligten wissen, woran sie sind. Wir Grünen nennen das „Stadtvertrag Beteiligung“ und werben dafür.



Verschaffe Deiner Stimme Gehör.
Foto: dalager/flickr.com (CC BY-NC 2.0)

Gute Beteiligung ist nicht umsonst

Der rot-schwarze Senat hat leider auch nicht verstanden, dass sich bessere Bürger_innenbeteiligung in der wachsenden Stadt nicht mit einer schrumpfenden Verwaltung in finanziell klammen Bezirken trägt. Denn gute Beteiligung ist nicht umsonst, sie kostet neben Zeit auch Geld. Nur wenn das Land die Bezirke

endlich mit ausreichend Personal ausstattet, können wir von der Verwaltung erwarten, dass sie den Bedürfnissen nach frühzeitiger Information, mehr Transparenz und umfassender Beteiligung gerecht wird.

Dieses Bedürfnis ist in der Bundesrepublik in den vergangenen Jahren kontinuierlich gewachsen. Das ist gut, denn das zeichnet eine lebendige Demokratie aus. Leider sehen das in Berlin noch lange nicht alle so. In der Berliner Politik und Verwaltung braucht es neben einem Struktur- auch einen Mentalitätswandel: Beteiligung ist kein politischer Gnadenakt gegenüber der Bevölkerung, sondern muss zu einer Selbstverständlichkeit werden. Beteiligung ist auch keine Absage an die parlamentarische Demokratie, sondern kann sie genauso wie die direkte Demokratie sinnvoll

ergänzen. Das zeigt sich vor allem in der Stadtentwicklung.

Gute Beteiligung muss das Gemeinwohl im Blick haben

Die Frage wie sich eine Stadt, der öffentliche Raum und unser Lebensumfeld entwickeln ist eine klassische Frage von Beteiligung. Denn hier prallen häufig sehr unterschiedliche Interessen und Bedürfnisse aufeinander. Umso mehr ist es Aufgabe der Politik, sicherzustellen, dass sich nicht nur diejenigen durchsetzen, die über die beste Lobby und die größten Ressourcen verfügen. Egal, wie legitim die Anliegen von Einzelnen sind – am Ende muss das Gemeinwohl der Anspruch und das Ziel jeder Beteiligung sein. An diesem Anspruch muss sich auch die Berliner Politik messen lassen.

In den vergangenen Jahren waren es oftmals nicht die Menschen in dieser Stadt, die für politische Entscheidungen den Ausschlag gaben, sondern die großen Bauherr_innen, private Investor_innen und die Vermieter_innen. Das muss sich ändern, denn sonst läuft Beteiligung ins Leere. Berlin gehört allen Berliner_innen – warum sollten ausgerechnet sie nicht an der Entwicklung ihrer Stadt beteiligt werden?

Daniel Wesener
Landesvorsitzener

Alle grünen Ideen und konkreten Vorschläge für bessere Bürger_innen-Beteiligung in Berlin sind im Netz nachzulesen:
gruenlink.de/uc9

OHNE ECHTE BETEILIGUNG GIBT ES KEIN GRÜNES JA

Transparenz ist alternativlos – Olympia nicht

SPD und CDU haben sich schon entschieden: Sie wollen Olympische Spiele in Berlin. Gemeinsam mit den Piraten brachten sie eine Resolution durchs Abgeordnetenhaus, die „die Entscheidung des Deutschen Olympischen Sportbundes (DOSB), die Olympischen und die Paralympischen Spiele nach Deutschland holen zu wollen“ explizit begrüßt. Auch die Linke ist bereits festgelegt: Sowohl Partei als auch Fraktion gehören dem NOlympia-Bündnis (www.nolympia-berlin.de) an.

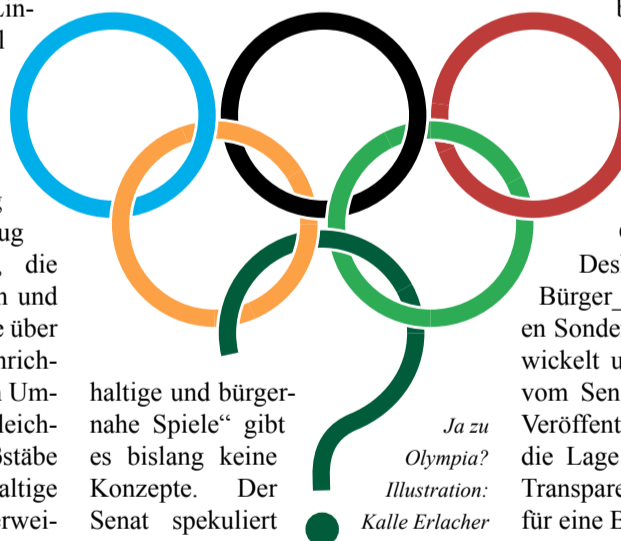
Wir Grüne forcieren eine sachorientierte Entscheidung zu dieser Frage. Es gibt genug Herausforderungen in Berlin, die wir gemeinsam meistern wollen und müssen, von der Wohnungsfrage über die Ausstattung von Bildungseinrichtungen und Sportstätten bis zum Umbau zur inklusiven Stadt, die gleichzeitig in der Lage ist, neue Maßstäbe als sozial und ökologisch nachhaltige Metropole zu setzen. Möglicherweise kann eine gemeinsam getragene Bewerbung für und Ausrichtung von Olympia aber auch etwas Gutes für Berlin bringen. Und vielleicht muss Olympia ja gar nicht das derzeit meist darunter verstandene Spektakel sein, bei dem es nur um Fernsehübertragungen und eine Ausrichterstadt als austauschbare, leicht folkloristisch aufgeladene Kulisse eines globalisierten Medienereignisses geht.

Olympia geht nicht ohne echte Beteiligung

Das hängt von einer Vielzahl von Dingen ab, vom Konzept, der Finanzierung und nicht zuletzt von der Reform des Internationalen Olympischen Komitees.

Das bedeutet wiederum für uns Grüne: Ohne dass wir wissen, was eine Olympia-Bewerbung konkret für diese Stadt bedeuten würde,

wollen wir uns nicht festlegen. Weder das freudige „Ja, das wird toll!“ noch das reflexhafte „Nein, das war in den Neunzigern schon Mist, also sind wir jetzt auch dagegen!“ ist eine sinnvolle Haltung. Denn das Einzige, was bisher bei Olympia klar ist, ist, dass nichts klar ist. Zu den Floskeln von „Bürgerolympiade“ bis „nach-



worüber geredet wird? Wir fordern eine komplette Offenlegung aller Unterlagen zu Olympia – und zwar bis hin zum Host-City-Vertrag, der sich in vielen Austragungsorten als geheimer Knebelvertrag entpuppte, der die Entscheidungsgewalt in vielen Fragen von der gewählten Politik hin zum vielfach als korrupt beschriebenen IOC verlagerte. Das

Gleiche gilt erst recht für das Parlament. Olympia darf nicht zum intransparenten Alleingang eines Senats werden, der dafür bekannt ist, dass er Großprojekte nicht kann.

Deshalb ist es wichtig, dass die Bürger_innenbeteiligung vom neuen Sonderausschuss Olympia mitentwickelt und -organisiert wird – und vom Senat dazu durch die zeitnahe Veröffentlichung aller Unterlagen in die Lage versetzt wird. Ohne diese Transparenz wird es kein Grünes Ja für eine Bewerbung geben.

Erst wenn diese beiden Voraussetzungen erfüllt sind, kann in dieser Stadt sinnvoll über Olympische und Paralympische Spiele diskutiert werden. Erst dann geht es um die konkreten Inhalte. Die Sorgen, dass andere wichtige Projekte in Berlin – etwa Wohnraumschaffung – auf der Strecke bleiben, weil Spiele finanziert werden müssen, sind genauso berechtigt wie der Hinweis darauf, dass in einer Stadt mit begrenzten Ressourcen soziale und ökologische Nachnutzungskonzepte unabdingbar sind. Um genau diese Dinge und die vielen anderen Aspekte der möglichen Bewerbung artikulieren zu können, braucht es Bürger_innenbeteiligung und ein transparentes Beteiligungsverfahren.

und
Anja Schillhaneck, MdA
sportpolitische Sprecherin

haltige und bürger-nahe Spiele“ gibt es bislang keine Konzepte. Der Senat spekuliert ohne jede Grundlage über mögliche Kosten einer Bewerbung und Ausrichtung der Spiele. Die Berliner_innen hat auch noch niemand gefragt. Am Ende müssen sie verbindlich entscheiden. Allerdings sollen sie nicht nur das letzte Wort bei einer potentiellen Olympia-bewerbung haben, sondern auch das erste. Wir sagen ganz deutlich: Echte Bürger_innenbeteiligung – auch bei der Erarbeitung der Konzepte – ist alternativlos. Ohne diese wird es kein Grünes Ja für eine Bewerbung geben.

Ja zu Olympia?
Illustration: Kalle Erlacher

Beteiligung geht nicht ohne Transparenz

Eine Voraussetzung für Beteiligung ist Transparenz. Wie sollen die Berliner_innen – und zwar alle, ob mit deutschem Pass oder ohne – an den aufkommenden Fragen sinnvoll partizipieren, wenn sie nicht wissen,

HIOSBOTSCHAFTEN BEIM NEUBAU DER CLAY-OBERSCHULE NEHMEN KEIN ENDE

Von der Absicht, eine Schule zu errichten

Sichtlich mitgenommen steht Bildungsstadträtin Dr. Franziska Giffey (SPD) am 7. Oktober auf dem Gelände am Neudecker Weg in Rudow im Südosten Neuköllns. Wo derzeit archäologische Ausgrabungen stattfinden, soll der Neubau der Clay-Oberschule entstehen. Angepeiltes Einzugsdatum: nach den Sommerferien 2019, rechtzeitig zum neuen Schuljahr. Doch Giffey hat für den Bildungsausschuss, der sich an diesem Tag vor Ort über die Funde informiert, schwer verdauliche Informationen: Der lang versprochene Neubau verzögert sich um weitere Jahre. Erst Mitte 2018 könne mit den Bauarbeiten überhaupt begonnen werden, mit Fertigstellung ist nicht vor 2022 zu rechnen. Dann werden die Container, in denen die Clay-Schule im Moment untergebracht ist, ein Dritteljahrhundert in Benutzung sein. Ausgelegt waren sie für fünf Jahre.

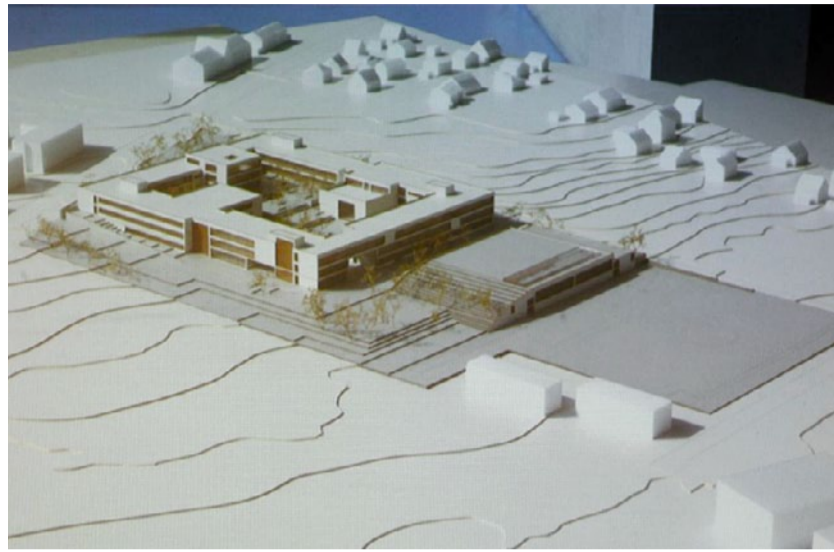
Widersprüchliche Aussagen des Bezirksamtes

Giffey wirkt zerknirscht, als sie einräumt, dass ihre Abteilung erst in der Vorwoche von den Verzögerungen erfahren hat, bisher sei sie fest von 2019 oder maximal 2020 ausgegangen. Der neue Zeitplan entstammt zwei Ausschreibungen des Hochbauamtes, die bereits anderthalb Monate zuvor veröffentlicht und ins Internet gestellt worden sind. Dieses ist

FÜR MICH IST NEUKÖLLN:

„...ein Kiez mit super Verkehrsanbindung und Einkaufsmöglichkeiten.“
Andreas, 52 Jahre

„Für mich ist Neukölln“ fragt Bürgerinnen und Bürger aus Neukölln nach ihrem Bild des Bezirks.



Ausschnitt aus der Präsentation der neu zu bauenden Clay-Oberschule
Foto: Grüne Neukölln

von unterlegenen Bietern durchaus zuweilen angefochten werden? Dass eine solche Ausschreibung nicht vom zuständigen Bezirksbürgermeister abgezeichnet wurde?

Buschkowsky hat in der Sitzung der Bezirksverordnetenversammlung (BVV) eine gute Woche nach Bekanntgabe der Verzögerung durch Frau Dr. Giffey denn auch eine ganz andere Erklärung parat als die Bildungsstadträtin und konterkariert damit das Auftreten seiner Parteifreundin und mutmaßlichen Nachfolgerin: Der vom Bezirksamt kommunizierte Zeitplan, so Buschkowsky, sei „kein in Stein

gemeißelter Bauablauf, sondern lediglich eine Terminplanung unter der Prämisse ungestörter Abläufe. Es ist, wenn Sie so wollen, die Ideallinie.“ Sobald „nur irgendetwas außer der Reihe passiert“, komme die Zeit zur Überwindung dieser Hürden hinzu. Der kommunizierte Fertigstellungstermin also nichts weiter als eine unverbindliche Darstellung des Optimalfalls? Nicht nur Kollegium und Eltern der Clay-Oberschule werden die Äußerungen des Bezirksamtes bisher anders verstanden haben.

GEFLÜCHTETE IN NEUKÖLLN

Eine neue Heimat

Seit März diesen Jahres leben ca. 380 Geflüchtete aus 30 Nationen in der Britzer Unterkunft, davon ca. 90 Kinder und Jugendliche. Seit Beginn des Bezugs begleitet die Britzer Flüchtlingsinitiative durch diverse Aktivitäten die Bewohner_innen der Unterkunft. Die Initiative wurde durch die Mitstreiter_innen von Hufeisern gegen Rechts gegründet. Hier sind unterschiedliche Menschen und Institutionen vertreten: Lehrer_innen aus benachbarten Schulen, Kirchen, Gewerkschaften, Schüler_innen, Stadtteilmütter, Parteien etc. Wir treffen uns einmal monatlich und tauschen uns mit der Leitung und/oder Mitarbeiter_innen der Unterkunft aus. Dort versuchen wir u.a. Deutschkurse, Spiel- und Sportangebote, Bekleidung, Bedarfsgegenstände zu organisieren und vermitteln. Im Juli haben wir in Kooperation mit der Evangelischen Jugend Neukölln, die ein Fußballturnier organisierten, ein Sommerfest mit Musik und Spaß initiiert. Gerade für die Kinder war das eine willkommene Abwechslung, zwei weitere Feste in der Unterkunft

Schuld sind immer die anderen

Darüber hinaus ist Buschkowsky sichtlich bemüht, weitere Verantwortung auf andere abzuwälzen, etwa auf Baustadtrat Thomas Blesing (ebenfalls SPD). Die Planungen hätten sich bisher „am Rande der Legalität bewegt“, da es bis heute keinen Bebauungsplan für das Grundstück gebe. Diesen hatte die BVV zwar bereits im Februar 2014 beschlossen. Er wurde allerdings von der Senatsverwaltung wegen Lärmschutzfragen bemängelt, musste geändert und erneut ausgeteilt werden. Dass dieser Vorgang mitverantwortlich für die Verzögerung sei, hatte das Stadtentwicklungsamt auf Nachfrage am Tag zuvor allerdings explizit bestritten.

DAS PROBEJAHR AM GYMNASIUM

Eine harte Probezeit für alle

672 Neuköllner Schüler_innen befinden sich derzeit im Probejahr und seit mehr als 2 ½ Jahren schafft die Grüne BVV-Fraktion Aufmerksamkeit für die Ursachen des Nicht-Bestehens und die Zahl derer, die das Jahr nicht bestanden haben, ist erfreulicherweise rückläufig. Denn es kommt nicht allein auf die Förderprognose an, sondern auch auf die in der Grundschule erworbenen unverzichtbaren Kompetenzen. Unterschiedliche Lernausgangslagen im Norden und Süden Neuköllns sind eine Ur-

Nur schlecht kommuniziert oder auch schlecht gesteuert?

Wie die mehrjährige Bauverzögerung im Einzelnen zustande kommt, darauf ist das Bezirksamt bisher die Antwort schuldig geblieben. Die ins Feld geführten Faktoren waren im November 2013 bereits bekannt. Damals verkündete der Bezirk: „Damit sind jetzt alle Hindernisse für den Neubau beseitigt und die konkreten Vorbereitungsarbeiten können zügig begonnen werden. Der Baubeginn ist für 2016 geplant.“ Auch die Neuköllner SPD feierte den Neubau ab 2016 in einer Pressemitteilung. Der scheint schon zum damaligen Zeitpunkt unrealistisch gewesen zu sein. Die Akten des Bezirksamtes belegen, dass intern als „Regelverfahren SenStadt“ mit einer Planungszeit von 33 Monaten gerechnet wurde – ab Abschluss des Wettbewerbsverfahrens, das zusätzlich vier bis sieben Monate dauert. Damit war ein Baubeginn in 2016 schon seinerzeit rechnerisch gar nicht mehr möglich.

Schwer vorstellbar, dass dies niemandem aufgefallen sein soll. Der Clay-Neubau ist mit einem Volumen von 40 Millionen Euro die derzeit teuerste Infrastrukturmaßnahme des Bezirks Neukölln. Fakt ist, dass der neue Zeitplan auch der Schule gegenüber noch Ende September nicht erwähnt wurde. Eine detaillierte Ablaufplanung mit den einzelnen Planungsschritten bis Baubeginn und eine regelmäßige Überprüfung und Anpassung scheint es nicht gegeben

sache für das Scheitern im Probejahr. Individuelle Bedarfsanalysen und Förderungen der Schüler_innen sind unverzichtbar und eine Forderung und Wunsch der Elternschaft ist auch, dass der Schultag der Schüler_innen Arbeitstag ist. Die vergangenen Jahre haben gezeigt, dass die Förderprognose allein zu Irritationen auf allen Seiten führen kann. Man muss weg von einer Defizit-Orientierung und hin zu einer Konzentration auf die Stärken und Kompetenzen der Schüler_innen.

Mahi Christians-Roshanai

zu haben. Damit lässt sich schwer nachvollziehen, ob die Verzögerung wie nun behauptet nur nicht rechtzeitig vom Hochbauamt kommuniziert worden ist. Oder ob sie durch gut koordiniertes und abgestimmtes Verwaltungshandeln hätte vermieden oder zumindest verkürzt werden können. Dass sie überhaupt unbemerkt entstehen kann, sollte jedenfalls allen Beteiligten zu denken geben.

Aufklärung politisch nicht erwünscht

Notwendig wäre deshalb eine intensive Aufklärung, die die Befragung der zuständigen Stadträt_innen, ihrer Mitarbeiter_innen und sowie das Studium der vielen Regalmeter Akten beinhaltet. Dies nicht nur um die drängende Frage der Schüler_innen, Lehrer_innen und Eltern der Clay-Schule zu beantworten, wie es dazu kommen konnte, dass die Container von heute an gerechnet noch mehr als sieben Jahre halten müssen. Sondern auch um ähnliches Planungs- und/oder Kommunikationsversagen bei zukünftigen Bauprojekten zu verhindern. Einen Antrag auf Einrichtung eines Untersuchungsausschusses zur Klärung dieser Fragen haben SPD und CDU am 15. Oktober jedoch abgelehnt. Sie zeigen damit, dass sie an Aufklärung nicht interessiert sind. Die nächste Verzögerung ist damit wohl vorprogrammiert.

Jochen Biedermann und Mahi Christians-Roshanai
Mitglieder im BVV-Ausschuss für Bildung, Schule und Kultur

Inhalt

- Seite 1:
- Beteiligung ist kein Mittel zum Zweck
 - Olympia ist nicht alternativlos
- Seite 2:
- Neubau der Clay-Oberschule
 - Probejahr am Gymnasium
 - Geflüchtete in Neukölln
- Seite 3:
- What's up, Abgeordnete?
 - Kiezgespräche in Neukölln
 - Neuköllner_innen im Gespräch
 - Einbürgerungsfeiern
- Seite 4:
- Neukölln ignoriert Energiewende
 - Wer braucht schon Boden?
- Seite 5:
- Merkel boykottiert Klimaschutz
 - Stadt und Land, Hand in Hand
 - Grüne AG Klimawandel
- Seite 6:
- Reisebericht aus der Ukraine
 - CETA, TTIP & Co
- Seite 7:
- Private Ferienwohnungen
 - Betriebsräte im Fadenkreuz
 - Intergrationspreis abgelehnt
- Seite 8:
- Milieuschutz für Nordneukölln
 - Für eine neue Beteiligungskultur



Die neue Neuköllner Flüchtlingsunterkunft in der Späthstraße
Foto: Kalle Erlacher

folgten, davon wurde eines speziell für die Nachbarschaft der Unterkunft ausgelegt und vom Bezirksamt ausgerichtet. Dabei hatten die Nachbar_innen die Gelegenheit, Unterkunft und Bewohner_innen kennenzulernen und evtl. vorhandene Ängste und Vorurteile abzubauen.

Natürlich gibt es auch Wermutstropfen. So mussten die über 100 Lampedusa-Refugees mittlerweile fast alle die Unterkunft verlassen. Bereits seit Ende September werden keine Leistungen mehr für sie übernommen und es gibt in der Unterkunft keine offizielle Anlaufstelle für sie.

Ob sie sich in anderen Bundesländern, zurück in Italien oder weiterhin in Berlin aufhalten, ist ungewiss. Ebenfalls von Abschiebung bedroht sind Roma-Familien.

Sicher ist, dass der politische Umgang mit den Geflüchteten stark zu kritisieren ist und eine Rückkehr in sogenannte „sichere Länder“ blanker Hohn ist! Wer sich jemals mit der Situation von Menschen in Rumänien oder Bulgarien auseinandergesetzt hat, kann nicht guten Gewissens eine solch fatale Position beziehen. Insbesondere hier gilt es, in den eigenen Reihen Diskussionen zu führen und über schwäbische Tellerränder zu schauen!

Carola Scheibe-Köster

Wer sich für die Mitarbeit bei der Flüchtlingshilfe interessiert, kann sich an die Mailadresse fluemthlingshilfe@britzerinitiative.de wenden. Zur kalten Jahreszeit wird auch noch dringend warme Kinderbekleidung benötigt sowie Schulranzen und Sportsachen.



Impressum:
Bündnis 90/Die Grünen,
Kreisverband Neukölln

Redaktionsadresse:
Neuköllner Stachel,
Bündnis 90/Die Grünen Neukölln,
Berthelsdorfer Straße 9, 12043 Berlin

V.i.S.d.P.:
Annette Heppel
annette.heppel@gruene-neukoelln.de

Mitarbeiter_innen dieser Ausgabe:
Annalena Baerbock, Jochen Biedermann, Timm Büchner, Mahi Christians-Roshanai, Kalle Erlacher, Julia Fuchs, Annette Heppel, Christian Hoffmann, Jakob Höber, Bärbel Höhn, Georg P. Kössler, Susanna Kahlefeld, Antje Kapek, Anja Kofbinger, Peter Koller, Susanne Lippert-Gulich, Caro Scheibe-Köster, Anja Schillhaneck, Sibylle Steffan, Julia Maria Sonnenburg, Daniel Wesener

Layout:
Kalle Erlacher
kalle@kaerl.de

Druck:
Henke Pressedruck

Vorstandssprecher_innen:
Francisca Fackeldey
francisca.fackeldey@gruene-neukoelln.de
André Schulze
andre.schulze@gruene-neukoelln.de

Internet:www.gruene-neukoelln.de

E-Mail: stachel@gruene-neukoelln.de

Die Beiträge geben nicht in jedem Fall die Meinung der Redaktion bzw. von Bündnis 90/Die Grünen Neukölln wieder. Für mit vollem Namen gezeichnete Beiträge übernimmt die/der jeweilige Autor_in die Verantwortung.

NEUKÖLLNER_INNEN IM GESPRÄCH

„Wir brauchen Bildung für alle“

Als sechster Interviewpartner der Reihe: „Neuköllner_innen im Gespräch“ treffen wir dieses Mal Heykal Guiza. Genau genommen ist er inzwischen gar kein Neuköllner mehr, sondern Rudower. Vorher lebte er zehn Jahre im Neuköllner Norden. Seine Wurzeln liegen in Tunesien und Belgien, die Heimat ist jedoch seit seiner Ankunft in Berlin definitiv hier, wie er betont. In Tunesien schloss er die Filmakademie (Bereich Regie/Schnitt) ab, in Berlin hatte er Lust, weiter zu studieren. Arabistik und Judaistik waren ausschlaggebend, an der FU zu studieren. Parallel zum Studium war er immer politisch engagiert, hat entsprechende Musik gemacht und parallel gearbeitet. Er komponierte Filmmusiken für junge arabische Filme, arbeitete einige Jahre mit schwierigen Kindern und Jugendlichen. Seit 2007 ist Heykal Guiza Quartiersmanager im QM Flughafenstraße.

Lieber Herr Guiza, wie sind Sie nach Neukölln gekommen?

Ich habe in Paris gelebt. 1999 bin ich von dort aus das erste Mal nach Kreuzberg gekommen. Der Bezirk, die Stadt, hat mich fasziniert. Das war der Moment, wo ich wusste, dass ich in Berlin leben wollte. 2000 bin ich dann von Paris nach Charlottenburg übersiedelt. Nach zwei Jahren zog ich aus dem, für meinen Geschmack, damals toten Charlottenburg nach Neukölln. Hier fühlte ich mich sofort zu Hause.

Was ist für Sie das Besondere an Neukölln?

In Neukölln gibt es mehr Heterogenität als in anderen Teilen der Stadt, weil hier viel mehr Menschen unterschiedlicher Herkunft leben. Die Läden waren hier damals schon geöffnet, während der Rest der Stadt geschlossen war. Es gibt viel Leben im öffentlichen Raum und dann sind da natürlich die vielen unterschiedlichen Musik- und Unterhaltungsangebote in den Cafés und Bars. Ich kam zu einer Zeit nach Neukölln, als es hier schon viel friedlicher war als der Ruf, den Neukölln damals wohners hatte. Es war angenehm hier. Nie habe ich Bedrohungssituationen in Neukölln erleben müssen. Inzwischen wird der Bezirk für mich immer weniger „besonders“, er ist jetzt auf dem Weg zur Normalität.

Gibt es eine typische Geschichte, die Sie mit Neukölln verbinden?

Drei Jahre habe ich im Haus gegenüber von dem meiner heutigen Frau gewohnt. Wir sind uns dort nie bewusst begegnet. Kennengelernt haben wir uns auf einer Demo gegen die Einführung von Studiengebühren. Abends sind wir uns zum zweiten Mal bei einem Konzert im Haus der Kulturen der Welt begegnet. Das war 2004. Liebe auf den ersten Blick. Inzwischen sind wir seit fünf Jahren glücklich verheiratet und haben 2 Kinder.



Heykal Guiza
Foto: Christian Hoffmann

Wie sehen Sie die aktuelle und zukünftige Entwicklung in Neukölln?

Die Zukunft Neuköllns ist eng mit der Berliner Zukunft verbunden und die ist gut. Wir sind in Europa angekommen. Deutschland und Berlin sind auf Einwanderung angewiesen, dies findet gerade statt. Wenn es so weiter geht, wird es Neukölln bald gut gehen. Fraglich ist, ob es den jetzigen Neuköllnern auch gut geht und

sie sich den Bezirk dann noch leisten können.

Neukölln befindet sich im Umbruch, der Begleitung erfordert, damit es am Ende keine Verlierer gibt.

Wenn Sie die Regierungsgewalt hätten, was würden Sie als dringende Probleme ansehen?

Wir brauchen Bildung für alle. Es gibt es schon sehr gute Ansätze im Bezirk. Die Entwicklung des Albert-Schweitzer-Gymnasiums zeigt, dass die Neuköllner Kinder etwas können. Sie brauchen dafür nur die richtigen Orte, insbesondere Ganztagschulen. Bildung ist wichtig, um Menschen nachhaltig vor Ausgrenzung zu schützen. Das Thema Wohnraum ist sicher auch wichtig, ich sehe aber keine Möglichkeit, so billig zu bauen, wie wir es eigentlich brauchen.

Gerne würde ich auch Migrant_innen animieren, sich mehr in der Politik zu engagieren.

Was geben Sie uns Grünen mit auf den Weg?

Die Grünen haben sehr gute Kompetenzen im Umweltbereich. Eine wachsende Stadt braucht durchdachte Konzepte, damit wir nicht zwischen Beton und Asphalt leben müssen. Da kommt derzeit noch viel zu wenig Input. Bei den Grünen wird auch viel diskutiert, aber letztendlich fehlt manchmal die Entschlussfähigkeit. Da kann sich auch etwas verbessern.

Das Interview führte
Christian Hoffmann.

Neuköllner Einbürgerungsfeiern

Alle 14 Tage werden im BVV-Saal Neukölln ca. 50 Neuköllner_innen unterschiedlicher Herkunft eingebürgert. Das sind 1000 Neuköllner_innen im Jahr. 1000 Neuköllner_innen, die auch eine Migrationsgeschichte haben, die sich noch sichtbarer in den an sie gerichteten Reden widerspiegeln sollte, um ein „Wir-Gefühl“ zu etablieren.

Jede Kommune wählt den Rahmen der Feier selbst. Tiefe Emotionen werden mit dem Spielen der Nationalhymnen bei allen Anwesenden ausgelöst. Dieses Gefühl des tiefen Wunsches einer emotionalen Zugehörigkeit derer, die längst Teil Neuköllns und der Geschichte Neuköllns sind, gilt es auch in den Redebeiträgen aufzufangen und ein „Wir-Gefühl“ zu stärken, zu festigen und eine

Willkommenskultur zu etablieren.

Die Zählgemeinschaft aus SPD und CDU stimmte jedoch in der November-sitzung der BVV unseren Antrag nieder, einmal jährlich eine Einbürgerungsfeier im Rahmen einer BVV-Sitzung stattfinden zu lassen. In einer der letzten Bezirksverordnetenversammlungen lehnte die Zählgemeinschaft auch unseren Antrag ab, dass der Integrationsausschuss an der Einbürgerungsfeierlichkeit beteiligt werden möge, um vor Ort symbolisch denen die Hand zu reichen, für die er Ansprechpartner ist. Dass nun ausgerechnet der Integrationsausschuss, der Migrant_innen zu Partizipation aufruft, selbst zum Wohle anderer nicht partizipieren darf, ist eine befremdende Vorstellung.

Mahi Christians-Roshanai
Mitglied der BVV



Langfassung unter:
blog.gruene-neukoelln.de

Kiezgespräche



In der Veranstaltungsreihe Kiezgespräche laden unsere direkt gewählten Abgeordneten Anja Kofbinger, frauen- und queerpolitische Sprecherin, und Susanna Kahlefeld, Sprecherin für Partizipation und Gleichbehandlung von Migrant_innen, regelmäßig zu spannenden Diskussionen ein. Gemeinsam mit Expert_innen sprechen sie in

lockerer Atmosphäre über aktuelle lokale Themen und loten im Gespräch mit Bürger_innen aus, welche Punkte für uns Neuköllner_innen wichtig sind. Die Veranstaltungen finden an wechselnden Orten statt, in kulturellen Einrichtungen, bei Freund_innen, in Kneipen oder im Grünen Bürger*innenbüro in der Wipperstraße.

Alle Interessierten sind herzlich eingeladen teilzunehmen. Bilder und Berichte von kürzlich veranstalteten Kiezgesprächen u.A. zu den Themen Bürger_innenbeteiligung oder Schulen in Neukölln sowie Informationen zu bevorstehenden Gesprächen auf www.kofbinger.de und www.susanna-kahlefeld.de

What's?
up,
Abgeordnete

Kiezgespräch Beteiligung

Nach den Sommerferien habe ich gleich da weiter gemacht, wo ich aufgehört hatte. Wir gingen mit der Frage in die Ferien, wie die Berlinerinnen und Berliner eigentlich demokratisch an einer Berliner Olympiabewerbung beteiligt werden können. Denn die Bevölkerung ist alles andere als einhellig begeistert von der Idee, dass ausgerechnet die Parteien, die seit über einem Vierteljahrhundert mit schöner Regelmäßigkeit noch jedes Großprojekt in den märkischen Sand gesetzt haben, sich auf das nächste stürzen. Alles in der irren Hoffnung, dass diesmal die gleichen Looser vom letzten Mal schon alles richtig machen werden. Das Thema Partizipation war also gesetzt und musste mit Leben gefüllt werden. Deshalb veranstaltete ich am 1. Oktober ein Kiezgespräch mit Expert_innen aus Parlament und NGOs im elele Nachbarschaftszentrum (www.elele-berlin.de). Den genauen Verlauf der angeregten Diskussion finden Sie hier auf meiner Webseite: gruenlink.de/ucj

Queere Flüchtlinge in Berlin

Einige Tage später habe ich ein Allparteien-Fachgespräch zur besonderen Problematik von queeren Flüchtlingen veranstaltet. Damit sind Menschen gemeint, die wegen ihrer Homo- oder Transsexualität fliehen mussten oder auch erst hier in den Flüchtlingsunterkünften aufgrund ihrer Identität Probleme bekamen. Erfreulicherweise haben sich alle anwesenden Parteien offen für die Problematik gezeigt und sich verabredet, zusammenzuarbeiten, um eine Verbesserung für die betroffenen Personen zu erzielen. Über die Veranstaltung und die Fortschritte, die gemacht wurden, können Sie sich ebenfalls auf meiner Webseite informieren: gruenlink.de/ucx

Aus für die Stadtteilmütter?

Der Oktober endete mit dem Protest der Neuköllner Stadtteilmütter gegen ihre Entlassung am 1. November. Mir wurde als Vorsitzender des Ausschusses für Arbeit, Integration und Frauen eine Resolution von den Stadtteilmüttern übergeben und meine Kollegin Susanna Kahlefeld und ich haben uns ihnen gegenüber verpflichtet, sie zu unterstützen und bei dem Thema die zuständige Senatorin „intensiv zu begleiten“. Darauf können sich die Stadtteilmütter auch verlassen. Zu meiner parlamentarischen Arbeit gehören auch schriftliche Anfragen und Anträge. Die können Sie auf der Seite des Abgeordnetenhauses unter der Adresse gruenlink.de/uc1 abrufen.

Anja Kofbinger, MdA

Foto:
Jana Taube



Vorsitz im Ausschuss

Im September 2014 bin ich zur Vorsitzenden des Ausschusses für Bürgerschaftliches Engagement gewählt worden und freue mich über die neue Aufgabe. Bündnis 90/Die Grünen sind aus Bürger_innenbewegungen hervorgegangen: von Anti-Atom-, Bürger_innenrechts- und Friedensinitiativen bis zu Vielfalt der lokalen Bündnisse für Flüchtlinge, für Verkehrsberuhigung und/oder den Erhalt von Grünflächen, gegen Nazis etc. Für mich ist daher „Bürgerschaftliches Engagement“ nicht von Einmischung und Mitbestimmung zu trennen. Auch als Ausschussvorsitzende setze ich mich dafür ein, dass die Belange der Bürger_innen bei politischen Entscheidungen ernst genommen werden und dass bürgerschaftliches Engagement nicht zum Lückenbüßer für öffentliche Aufgaben wird.

Berlin nutzt die Chancen der Freizügigkeit nicht

Berlin ist schlecht aufgestellt, wenn es darum geht, die Chancen der Arbeitnehmer_innenfreizügigkeit zu nutzen und den Menschen, die hierher zum Arbeiten kommen, Hilfestellungen zu geben. Die Gebühren der Berufsankennung belaufen sich auf mindestens 500 Euro. Ein großer Anteil qualifizierter Arbeitssuchender landet daher weiterhin in Hilfsjobs und prekären Arbeitsverhältnissen, während Fachkräfte fehlen. Die Job-Center sind auf die Vermittlung der Zuwandernden nicht vorbereitet, es fehlen Sprachkenntnisse und geeignete Ansprechpartner_innen. Mangelnde Kontrollen von Arbeitgeber_innen, die Löhne nicht oder nur teilweise auszahlen, tragen mit zur Verschärfung der Situation bei. Die viel beschworene „Willkommenskultur“ müsste anders aussehen. Dazu haben wir diverse Anfragen und Anträge eingebacht.

Friedhof für die Sehittikmoschee

Nach dem erfolgreichen Volksentscheid kann nun die dringend benötigte Erweiterung des Friedhofes nicht mehr auf dem Tempelhofer Feld erfolgen. Der Grund: Dauerhafte Umzäunungen von Arealen sind hier nicht mehr zulässig. Der Senat hatte der Gemeinde die Erweiterung zugesagt, obwohl sie aufgrund der Bodenkontamination und der Nähe zum ehemaligen Zwangsarbeiterlager ohnehin fragwürdig war. Auch ohne den Entscheid. Der dient jetzt nun als Ausrede, sich um weitere Grabfelder an anderem Ort nicht mehr zu kümmern. Ich bleibe an dem Thema dran.

Susanna Kahlefeld, MdA

UNVERANTWORTLICHE ARBEITSVERWEIGERUNG DER ZÄHLGEMEINSCHAFT

Neukölln verweigert sich der Energiewende

Die wenigen Gäste staunten nicht schlecht, als die Bezirksverordnetenversammlung (BVV) im Neuköllner Rathaus Ende September den Antrag auf Erstellung eines Klimaschutzkonzeptes für Neukölln ablehnte. Die Große Koalition aus SPD und CDU hat mit ihrer Mehrheit den grünen Antrag abgeschmettert. Die CDU begründete die Absage mit der prekären Finanzlage des Bezirkes – der sonst oft Geld für Prestigeobjekte (u.a. Britzer Garten) findet. Die SPD hingegen stellte bereits im zuständigen Ausschuss desinteressiert fest, dass ein „eigenes bezirkliches Klimaschutzkonzept nicht ganz oben auf der politischen Agenda“ steht.

Mit dieser Abfuhr an den Klimaschutz zeigte die rot-schwarze Zählgemeinschaft, dass sie sich weder mit dem Antrag noch mit der Herausforderung Klimawandel richtig befasst hatte. Ein Klimaschutzkonzept ist der Türöffner für viele weitere Millionen Euro an Fördergeldern. Bei allen späteren Maßnahmen übernimmt die Bundesregierung die Hälfte der Kosten – bei finanziell besonders klammen Kommunen sogar bis zu 95 Prozent. Klimaschutz ist in Deutschland kein Luxus mehr, sondern eine Gemeinschaftsaufgabe bei der alle politischen Ebenen – die Bundespolitik, der Berliner Senat und auch die BVV in Neukölln – gefragt sind!

Klimaschutz – Von uns allen, für uns alle!

Die Bekämpfung des Klimawandels und seiner Folgen ist und bleibt eine der drängendsten Aufgaben, die uns in den nächsten Jahrzehnten bevorsteht und beschäftigen wird. Wenn sich die Klimaforscher einen Fehler vorwerfen lassen müssen, dann den, dass ihre Vorhersagen über die Erderwärmung in den

letzten Jahren und Jahrzehnten immer eher zu vorsichtig waren. Die Realität hat die allermeisten Szenarien bereits deutlich überholt – und wir stehen erst am Anfang des Klimawandels.

Mit dem Schmelzen des Westantarktischen Eisschildes wurde einer der sogenannten Kipp-Punkte im Klimasystem überschritten. Es gibt kein Zurück mehr und ein Meeresspiegelanstieg von mehreren Metern ist nicht mehr aufzuhalten. Schon heute versinken kleine Inselstaaten im Meer, während Europa regelmäßig unter Jahrhundertfluten und Hit-

zeperioden leidet. Die Folgen des Klimawandels sind deutlich. Die Ursache auch: Das Verbrennen von fossilen Rohstoffen und der verschwendende Konsum von Energie findet weltweit viele Nachahmer. Deutschland könnte hier als positives Vorbild vorangehen – mit mehr erneuerbaren Energien, Energieeffizienz und -einsparungen. Die Aufgabe der Politik ist es, diese Veränderungen so zu managen, dass niemand zurückbleibt. Wenn also politische Akteur_innen

wie die Zählgemeinschaft aus SPD und CDU in Neukölln diesen Auftrag komplett torpedieren, ist das eine unverantwortliche Arbeitsverweigerung.

Auf eine beständige Klimapolitik ist derzeit auf keiner Ebene Verlass. Die Lobbyist_innen der großen Konzerne Vattenfall, RWE u.a. halten die Politik in Schach und der „Genosse der Bosse“ Sigmar Gabriel hat auf unsere Kosten Privilegien beim Strompreis für die Industrie durchgeboxt.

Die Energiewende muss von unten kommen

Auch in Berlin haben die Wewereit-Jahre den Klimaschutz weitestgehend ignoriert. Immerhin: Die Senatsverwaltung hat diesen Spätsommer ein Integriertes Energie- und Klimaschutzkonzept angekündigt. Es bleibt abzuwarten, ob daraus auch konkrete Maßnahmen entstehen werden und ob sich Michael Müller durchsetzen kann und will.

Wo die Energiewende aber wirklich vorweg geht, ist auf lokaler Ebene. Das ergibt auch Sinn, weil es viel effizienter ist, die dezentralen erneuerbaren Energien vor Ort zu nutzen. Weil es billiger ist, mit heimischer Energie zu heizen und weil z.B. die Kraft-Wärme-Kopplung gerade Großstädten enorme Chancen bietet. Über eine Million Menschen in Deutschland produzieren ihren eigenen Strom. Tausende Dörfer und Kommunen streben eine erneuerbare Vollversorgung an und wollen Energie einsparen. Und das Schöne daran: Es hängt nicht vom Geldbeutel ab – denn Klimaschutz rechnet sich. Der entscheidende Faktor ist der politische Wille. Und der ist erneuerbar.

Neukölln wird abgehängt

Im Herbst fand auf Einladung der Neuköllner Grünen ein Vernetzungstreffen aller klimapolitisch interessierten Grünen in Berlin statt. Dabei sollte Wissen gebündelt werden, um

gemeinsam die Energiewende von unten in der Stadt zum Laufen bekommen. In den Bezirken gibt es viele Aktivitäten gegen den Klimawandel, ob mit Klimaschutzkonzepten und -managern_innen, mit kleinen Klimadeaktivitäten_innen in Marzahn-Hellersdorf (gruenlink.de/uch), Klimaspaziergängen, Stadtteilentwicklungskonzepten wie Green Moabit (gruenlink.de/ucg) oder Service Zentren wie der Klimawerkstatt Spandau (www.klimawerkstatt-spandau.de) – überall, nur in Neukölln nicht.

So wurden in fünf Bezirken Klimaschutzkonzepte beschlossen und darauf basierend Klimamanager_innen angestellt, die nun für die Umsetzung der Maßnahmen zuständig sind.

In Neukölln wurde der Grüne Antrag hingegen mit der Aussage des Bezirksbürgermeisters abgelehnt, dass das nichts bringe. Bereits 2013 schrieb er als Antwort auf eine Anfrage der Grünen BVV-Fraktion „Vorbildfunktion kann nur derjenige erfüllen, der dazu auch finanziell in der Lage ist.“ Wäre ein Blick in die anderen Bezirke zu viel gewesen?

Das ist schade, wurden doch allein 2012 öffentliche Einrichtungen in Neukölln mit insgesamt ca. 23 Millionen Euro saniert. Hätte der Bezirk für rund 40.000 € ein Klimaschutzkonzept erstellen lassen, wäre er automatisch im Kreis der Kommunen gewesen, die sich bei der Nationalen Klimaschutzinitiative (NKI, www.klimaschutz.de) des Umweltministeriums um Mittel bewerben können. Somit hätte Neukölln nicht nur die 40.000 €, sondern viele Millionen an Zuschüssen bekommen, plus die eingesparten Energiekosten. Klimaschutz rechnet sich – um die Fördergelder zu bekommen, braucht Neukölln endlich ein Klimaschutzkonzept. Dafür werden wir weiter streiten.

Einen Tag vor der Abstimmung in der BVV hat sich das SPD-geführte Bundesumweltministerium zum Thema „Kommunaler Klimaschutz“ geäußert. Der Titel der Pressemitteilung, welche über ihren Infoverteiler ging, lautete: „Neue Zuschüsse für kommunale Klimaschutzprojekte.“ Das Neuköllner Rathaus ist wohl nicht auf dem Verteiler gewesen.

Julia Fuchs, Georg P. Kössler
Sprecher der BAG Energie

Beide sind in der AG Klimawandel aktiv



Die Erde kränkelt
Illustration: Kalle Erlacher

MOGELPACKUNG ZU LASTEN DES KLIMAS UND KÜNFTIGER GENERATIONEN

Merkel boykottiert den Klimaschutz!

Das kommende Jahr wird zentral für den internationalen Klimaschutz. Die VN-Klimaverhandlungen in Paris 2015 sollen ein Klimaregime für die Zeit nach dem Kyoto-Protokoll entwickeln. Kernthema muss dabei der Ausstieg aus fossilen Energieträgern sein, denn diese sind der Haupttreiber der Klimakatastrophe. So bestätigt es auch der Weltklimarat (IPCC). Mit seinen über 2000 Wissenschaftler_innen führt er uns den Klimawandel in ungekannter Detailschärfe vor Augen. Er zeigt auf, wie teuer und gefährlich ein Nichtstun gegen den Klimakollaps ist. Doch anstatt den jüngsten Weltklimabericht zum Handlungsauftrag für die eigene Klimapolitik zu nehmen, ignoriert die schwarz-rote Bundesregierung alle Warnungen. So hat Angela Merkel auf dem jüngsten Europäischen Rat einem katastrophalen Deal unter dem Titel „EU-Klima- und Energiestrategie für 2030“ zugestimmt. Mit unverbindlichen Vorgaben zum Ausbau der erneuerbaren Energien und zur Energieeffizienz wurden die zentralen Säulen des europäischen

Klimaschutzes gesprengt. Und das trotz des Wissens um das Job- und Wirtschaftspotenzial in diesen Bereichen. Die dringend benötigte und durch die Bundesregierung immer wieder angekündigte Reform des Emissionshandels fehlt fast völlig.

Trotz aktuell steigender Emissionen in vielen EU-Mitgliedstaaten fallen die Staats- und Regierungschefs noch hinter die ohnehin schwachen Vorschläge der Kommission zurück und werden mit den schwachen Reduktionszielen von gerade mal 40 Prozent ihrem Beitrag zum Erreichen des 2-Grad-Ziels nicht gerecht.

Bundeskanzlerin auf klimapolitischer Tauchstation

Die kümmerlichen Beschlüsse tragen die Handschrift von Angela Merkel und sind Ausdruck ihrer Ambitionslosigkeit in Sachen Klimaschutz. Die Bundeskanzlerin ist in den letzten Monaten und Jahren in Europa klima- und energiepolitisch abgetaucht. Einzig wenn es darum ging, die Interessen der Auto-Lobby

durchzusetzen, wurde Angela Merkel in Brüssel aktiv. Diesen Deal jetzt als Erfolg feiern zu wollen, ist absurd. Energiepolitisch haben sich Merkel und Gabriel nur damit hervorgetan, europaweit über die hohen Energiekosten zu klagen, statt mit dem Erfolg der deutschen Energiewende zu werben. Wer Misstrauen rund um die Erneuerbaren Energien sät und selbst an der Kohle festhält, muss sich nicht wundern, dass er klimapolitische Skepsis der Nachbarländer erntet.

Zusätzlich schufen die Staats- und Regierungschefs eine faktische Vetomöglichkeit für die Bereiche Energieeffizienz, Emissionshandelssektor, Nicht-Emissionshandelssektor und Interkonkektivität und werfen die europäische Integration um Jahre zurück. Von diesem Gipfel geht kein Signal der europäischen Einigkeit aus. Statt das Fundament für eine europäische Energie-Union zu schaffen, zementieren die Staats- und Regierungschefs mit diesem Deal die energiepolitische Spaltung der Europäischen Union. Am Ende einer langen Nacht steht kein Klimapaket, sondern eine Mogelpackung zu Lasten des Klimas und künftiger Generationen sowie ein fatales Signal für Lima und Paris.

Annalena Baerbock, MdB
klimapolitische Sprecherin

FÜR MICH IST NEUKÖLLN:

„...total dreckig.“
Stefan und Marko,
36 und 44 Jahre

Die AG Klimawandel in Neukölln stellt sich vor

Die AG Klimawandel setzt sich für die Themen Klimaschutz und Anpassung an den Klimawandel in Neukölln ein. Dazu wurde ein grünes Klimaschutzkonzept erstellt das auf unserer Webseite eingesehen werden kann: gruenlink.de/ub0 Der aktuelle Bericht des Weltklimarates unterstreicht, wie wichtig es ist, aktiv zu werden. Notwendig ist eine Reduzierung des Ausstoßes der weltweiten Treibhausgase wie Kohlendioxid um 40 bis 70 Prozent bis zum Jahr 2050. Für Industrieländer wie Deutschland – die bisher relativ viel Kohlendioxid produziert haben – bedeutet dies jedoch noch einschneidendere Einsparungen. Mehr Infos in englischer Sprache: www.ipcc.ch

Zu den aktuellen Aktivitäten der AG zählen Vernetzungstreffen mit Grünen Aktivist_innen aus den anderen

Berliner Bezirken oder Veranstaltungen zu aktuellen Themen wie etwa der Bewerbung der Berliner BürgerEnergie um das Berliner Stromnetz.

Zusammen mit unserer Fraktion in der BVV arbeiten wir an bezirklichen Klimathemen: Ein Antrag der Grünen, ein Klimaschutzkonzept für Neukölln zu erstellen, wurde im September leider von der Zählgemeinschaft abgelehnt. Da auch sonst im Bezirk in Sachen Klimaschutz nicht viel passiert, ist unser weiteres Engagement gefragt! Die AG Klimawandel trifft sich üblicherweise jeden ersten Mittwoch im Monat um 19 Uhr in der Grünen Geschäftsstelle. Einladungen zu den Treffen werden auch über unseren Aktiven-Verteiler verschickt und neue Mitstreiter_innen sind immer willkommen.

GUTES ESSEN AUS DER REGION SCHMECKT UND STÄRKT LÄNDLICHE ENTWICKLUNG

Stadt und Land, Hand in Hand

Das Landleben scheint aus Neuköllner Perspektive weit weg. Wer raus fährt aus Nordneukölln, am Flughafen vorbei und durch Königs Wusterhausen, landet irgendwann auf dem Land. Dem typischen Bild der Städter_innen zufolge gibt es da vor allem viele Kühe und wenige Menschen. Auch im ländlichen Raum herrschen Vorurteile gegenüber selbstverliebten Großstädter_innen. Stadt und Land gelten gemeinhin ja als Gegensatz. Doch immer mehr Initiativen setzen sich für gutes Essen und nachhaltige ländliche Entwicklung ein – Stadt und Land gehen Hand in Hand. Gerade regionale Lebensmittel kurbeln dabei die ländliche Wirtschaft richtig an.

Folgen der Agrar-Großfabriken

Wer die Etiketten unserer Lebensmittel liest, findet kaum Gemüse oder Obst aus Brandenburg. Woher einzelne Zutaten für verarbeitete Lebensmittel kommen, ist gar nicht zu erkennen. Obwohl Berlin vom ländlichen Raum umgeben ist, scheint es keinen besonders engen Austausch in der Versorgungsstruktur mit Lebensmitteln zu geben. Das ist ein Ergebnis der seit Jahren von der EU verfolgten Agrarpolitik weg von kleinteiligen, lokalen Strukturen hin zu einer Agro-Großindustrie, die subventionierte

Massen für Weltmärkte produziert.

Das führt nicht nur dazu, dass unsere Lebensmittel weiter reisen als wir. Durch wenig arbeitsintensive Agrar-Großbetriebe brechen Wirtschaftsstrukturen auf dem Land weg, Jobs gehen verloren und Höfe sterben. Kaum Erwerbsmöglichkeiten und daraus folgend die Abwanderung junger, gut ausgebildeter Menschen machen ländlichen Regionen zu schaffen, die mit immer weiter ausdünnender Infrastruktur zu kämpfen haben.

Mit dem Verlust regionaler Produktion geht auch der Verlust des Bewusstseins der Verbraucher_innen für Qualität, Geschmack und den Wert von Lebensmitteln einher, die sich an Industrieprodukte gewöhnen. Sich diesem Trend zu widersetzen erfordert eine Sensibilisierung der Kund_innen und eine enge Zusammenarbeit der Produzent_innen auf dem Land und des Vertriebs in der Stadt. Hierfür müssen regionale Wertschöpfungsketten wiederentdeckt, neu geschaffen und gefördert werden.

Schlüsselwort Regionale Wertschöpfung

Regionale Wertschöpfung beschreibt die Tatsache, dass je häufiger ein Euro innerhalb einer Region die Besitzer_innen wechselt, mehr von ihm in der Region hängen bleibt. Wenn Saatgut an dem Ort hergestellt wird, wo es später auch ausgesät wird, Getreide da geerntet, wo es gemahlen wird und schließlich das Brot da gebacken wird, wo es Käufer_innen findet, entstehen qualifizierte Jobs in



Die Möhrenernte im Oktober des Ökodorfs Brodowin
Foto: www.brodowin.de

der Wertschöpfungskette: In innovativer Biotechnologie, im Maschinenbau oder in Vertrieb und Marketing.

Diese Wirtschaftskreisläufe beleben ländliche Regionen und stabilisieren die lokale Produktion, weil sie häufig dezentraler und diverser sind. Welche Löhne gezahlt werden und wie die Arbeit organisiert ist, entscheidet sich dann stärker vor Ort und nicht in den Konzernzentralen in Frankfurt oder Chicago. Als Nebenprodukt schon der regionale Kreislauf die Umwelt durch kurze Wege und nachhaltige Strukturen. Hochqualitative Produkte aus der Region finden so ihren Weg auf die Teller der Menschen in Stadt und Land.

Projekte regionaler Lebensmittel in Neukölln

Es gibt schon einige Initiativen in der Stadt wie auf dem Land, die auf regionale Wertschöpfung setzen. Radical Food in Rixdorf (www.radicalfood.com) verarbeitet beispielsweise saisonale und regionale Produkte für Caterings, die mit dem Elektroauto in Berlin vertrieben werden. Was übrig bleibt, be-

kommt, wer sich das Essen sonst nicht leisten kann. Auch die Food Assembly auf der Karl-Marx-Straße (thefoodassembly.com/de/assemblies/83) beschreitet neue Wege. Auf diesem Wochenmarkt kann einkaufen, wer vorher online direkt bei den Erzeugern_innen vorbe-

FÜR MICH IST NEUKÖLLN:

„...mein Wohnort seit über 30 Jahren – hier wohn' ich, hier sterb' ich.“
Wolfgang, 75 Jahre

nen in Neukölln setzen auf Direktvertrieb. Denn ganze 118 ha der Fläche unseres Bezirks sind landwirtschaftlich genutzt. Milchhof Mendler (www.milchhof-mendler.de) verkürzt in Rudow den Weg von der Kuh zu den Verbraucher_innen mit einem Hofladen. Auch Bauer Mette in Buckow (www.bauer-mette.de) führt einen Feldverkauf, um Neuköllner Produkte direkt zu vertreiben.

Keine Frage des Geldes

Landwirtschaftliche Produkte wie Tomaten aus der Region müssen nicht teurer sein, als die Waren im Supermarkt. Allerdings können regional weiter verarbeitete Lebensmittel wie die in Brandenburg eingekochte Tomatensauce aufgrund höherer Lohnkosten mit den Preisen in Discountern oft nicht mithalten. Trotzdem: Regionalität ist kein kurzlebiger Trend für Besserverdienende. Denn die günstigen Preise im Supermarkt spiegeln nicht die wahren Kosten der Wertschöpfungskette wider. Nirgendwo in der EU sind Lebensmittel im Verhältnis zum Einkommen so günstig wie in Deutschland. Hier müssen wir lernen, unsere Lebensmittel neu wertzuschätzen, bis sich Regionalität in der Breite durch-

setzt. Was die Preise im Supermarkt auch nicht abbilden, sind die langfristigen positiven Effekte auf die regionale Wirtschaft, auf die Arbeitsplätze und die Infrastruktur, auf den Erhalt von Kulturgut und Nutzflächen, auf umweltschonende Landnutzung und Nachhaltigkeit. Hierfür muss sich eine gesamte Region sensibilisieren. Und eine Region umfasst Stadt wie Land.

Sibylle Steffan



Eine Versand-Gemüsebox mit regionalem Gemüse
Foto: www.brodowin.de

FLÄCHENVERBRAUCH DRASTISCH HÖHER ALS GEPLANT!

Wer braucht schon Boden?

Nach Plänen der Bundesregierung soll der Flächenverbrauch bis zum Jahr 2020 auf 30 Hektar täglich begrenzt werden. Von diesen Zielen sind wir derzeit noch weit entfernt. Zwischen 2009 und 2012 gingen täglich 74 Hektar Land unter Beton und Asphalt verloren. Dieser Wert stellt zwar eine leichte Reduzierung des Verbrauchs dar, aber Modellstudien sind sich heute schon sicher, dass die geplanten Ziele so niemals erreicht werden können.

Nach Studien des Bundesinstituts für Bau-, Stadt- und Raumforschung stehen gut 150.000 Hektar Brachflächen und Baulücken zur Verfügung, es wird jedoch weiter der Weg des scheinbar geringsten Widerstandes gewählt. Überwiegend wurden hochwertige Ackerflächen für die Baumaßnahmen zerstört. Die Flächenversiegelung im Umfang von 28.500 km² in den Jahren 2000 bis 2011 entsprach in etwa der Größe Belgiens. Mit einer solchen gnadenlosen Land(wirt)schaftszerstörungspolitik wird nicht nur die biologische Vielfalt insbesondere in Ballungsräumen bedroht. Durch die knapper werdenden Ackerflächen muss zwangsläufig die Industrialisierung der Produktion im ländlichen Bereich vorangetrieben werden, um auf weniger Fläche die gleichen Erträge zu erzielen. Das Problem vergrößert sich noch zusätzlich, in dem mehr und mehr Flächen zur Produktion von Grünmasse genutzt



Seit Jahren erobert die Natur das ehemalige Schwimmbad blub zurück.
Foto: Thilo Kalkbrenner, via Wikimedia Commons

werden, um Biogasanlagen zu füttern und Alkohol als Benzinzusatz zu produzieren.

Nachhaltiger Städtebau braucht auch Bodenmanagement

Als Konsequenz solchen Handelns werden beispielsweise Gewässer überdüngt und Böden ausgelaugt. Um Platz für effektivere, größere Maschinen zu schaffen, werden Kleinbiotope zerstört, Hecken und Bäume beseitigt und Gewässer begradigt. Natürlich benötigen schwerere Maschinen auch

neue, oft breitere Landwirtschaftswege, also weitere zusätzliche Versiegelung.

Als sinnvolle Alternative zum derzeitigen Handeln muss ein konsequentes Flächenmanagement insbesondere im urbanen Raum eingeführt und umgesetzt werden. Nachhaltiges Bodenmanagement muss elementarer Bestandteil aller städtebaulichen Planungen werden. Die Notwendigkeit von Bodenverbrauch muss im Vorfeld streng geprüft werden. Alternative Lösungen müssen

durchdacht werden und Null-Bodenverbrauchsvarianten dürfen nicht schon im Vorfeld ausgeschlossen werden. Die Nutzung von Altstandorten und Böden geringer Qualität muss immer Vorrang vor der Nutzung qualitativ hochwertiger Böden haben. Dies muss auch gelten, wenn Baumaßnahmen im Vorfeld eine Bodensanierung erfordern.

Wichtig ist dabei auf jeden Fall, gemeinde- und gegebenenfalls auch länderübergreifende Lösungen zu finden, um zu verhindern, dass finanzkräftige Bauwut sich aus einer konsequent handelnden Gemeinde zurückzieht, um in der weniger restriktiven Nachbarschaft zu betonieren.

Jetzt die richtigen Weichen stellen

Diese Forderungen bedeuten nicht, dass von nun an alle Brachflächen in Städten konsequent beseitigt werden sollen. Wohnumfeldnahe Brachen bieten nicht nur Potenzial als ökologische Inseln zwischen Häusern und Straßen, sie schaffen auch Raum für bürgerschaftliches Engagement, ermöglichen Spiel- und Naturerfahrungsräume, bieten Platz zum urbanen Gärtnern und sind Standorte für alternative Treff- und Kommunikationsorte. Es gibt, wie in so vielen Bereichen, keine auf alle Flächen anwendbare Generallösung. Moderne, menschen- und umweltorientierte Stadtplanung erfordert immer eine

konkrete Abwägung des Einzelfalls unter Einbeziehung von Anwohner_innen und Nutzer_innen.

Gerade vor dem Hintergrund der aktuellen, dringend notwendigen Schaffung von ausreichend bezahlbarem Wohnraum im innerstädtischen Bereich besteht die Chance, Flächenverbrauch, Freiflächenmanagement und urbane Verdichtung gemeinsam zu denken und wirksam im Planungsrecht (Bebauungsplanung, Flächennutzungsplanung) festzuschreiben. In den kommenden Jahren sollen etwa 50.000 Wohnungen in Berlin neugebaut werden. Abgesehen davon, dass ein Großteil dieser Wohnungen wahrscheinlich nicht dazu beitragen wird, das Segment „Günstiger Wohnraum“ zu bedienen, können zum jetzigen Zeitpunkt die Weichen für eine moderne, urbane Flächenpolitik gestellt werden. Dazu gehört selbstverständlich auch, den Ausverkauf der letzten verbliebenen Flächen zu unterbinden, die sich momentan noch in städtischem oder Bundeseigentum befinden.

Am Wichtigsten ist es derzeit, die Sinne für Bodenschutzbelange zu schärfen und nicht weiter gedankenlos auf unserem Überlebensgarant herum zu trampeln.

Dr. Christian Hoffmann
Bodenkundler und Landschaftsplaner und seit vielen Jahren in den Bereichen Bodenschutz und Umweltbildung tätig

GRÜNE STUDIENREISE IN DIE UKRAINE VOM 25.10.-02.11.2014

Eindrücke aus dem Krisengebiet

Geht es um die Ukraine, wissen aufmerksame Leser_innen sogenannter Alternativmedien zumeist bestens Bescheid: In der Ukraine hat es einen faschistischen Putsch gegeben, in Kiew herrscht eine faschistische Junta, die die russische Sprache verboten hat. Seitdem fliehen Millionen von russischsprachigen Ukrainer_innen über die Grenze nach Russland, da ihnen ansonsten ein Genozid droht. Jüd_innen sitzen bereits wieder auf gepackten Koffern und die marodierenden Banden des rechten Sektors ziehenden plündernd und mordend durch die Städte des Landes.

Seltsam freilich, dass herausragende Vertreter_innen von Bündnis 90/Die Grünen, etwa Rebecca Harms, Ralf Fücks, Marie-Luise Beck und Werner Schulz völlig andere Eindrücke schildern. Allein die Existenz solcher, eingangs erwähnter Gerüchte zeigt jedoch, wie notwendig Informationen aus erster Hand sind.

Das Ziel: sich ein eigenes Bild machen

Die Idee einer Inforeise von Viola von Cramon und mir entstand gewissermaßen beim Bier im Anschluss an eine Ukraineveranstaltung im taz-Café im vergangenen Sommer mit der Zielsetzung, ein möglichst umfangreiches Programm mit Gesprächspartner_innen aus dem gesamten politischen Spektrum zu erstellen, um sich so ein eigenes Bild über das Land machen zu können. Die Ostukraine sollte hierbei im Vordergrund stehen, weshalb Oliver Schruoffenegger, Mitglied des Abgeordnetenhauses, mit dem Ziel, die Kontakte zwischen Berlin-Steglitz und Charkiw zu vertiefen, auch noch mit dazu stieß. Am Ende war eine Gruppe aus rund 15 Personen, überwiegend Mitglieder der Grünen oder Teil des grünen Umfeldes, zusammen gekommen.

Das Programm: Wahlen, Radeln, Wodka

Während der Reise besuchten wir Wahllokale am Tag der vorgezogenen Parlamentswahlen am 26.10., es fanden Gespräche zur Energieeffizienz statt, wir trafen uns mit jüdischen Vertreter_innen, lernten die seit der Unabhängigkeit nach massiver Unterdrückung zu Sowjetzeiten wiederentstandene Kultur der Kobzaren – vergleichbar mit unseren Troubadouren und Minnesängern – kennen, erkundeten gemeinsam mit Fahrradaktivist_innen die Stadt Kiew, trafen herausragende Vertreter_innen der Zivilgesellschaft und ehrenamtlicher Organisationen zur Flüchtlingshilfe in Charkiw, sprachen mit dem Rabbi von Dnipropetrovsk und mit dem Besuch einer Wodkafabrik kam auch der Genuss landestypischer Getränke nicht zu kurz.

Bei zumeist strahlend blauem Himmel konnten wir uns eines Eindruckes nicht erwehren: Eine wie auch immer geartete Unterdrückung der russisch sprechenden Bevölkerung gibt es nicht. In der Ukraine wächst – geeint durch den Willen, zur europäischen Wertgemeinschaft zu gehören – gerade ein Land zusammen, das weitaus weniger geteilt ist, als die russische Propaganda es einen glauben machen möchte. Denn obwohl der Krieg im Osten natürlich das alles beherrschende Thema ist, ist ein neues Selbstbewusstsein zu



Selbst das Krankenhaus in Slavyansk fiel dem Krieg in der Ukraine zum Opfer
Foto: Peter Koller

spüren, sich – anders als vor zehn Jahren – die Früchte der Maidan-Revolution nicht mehr nehmen zu lassen. Überall gibt es neue zivilgesellschaftliche Organisationen, die den Regierenden aufs Schärfste auf die Finger schauen, die am Aufbau eines neuen öffentlich-rechtlichen Rundfunks mitwirken, die mit Spenden die Armee unterstützen und z.T. selbst als Freiwillige an die Front ziehen. Die Menschen sind offener und freundlicher geworden, die Straßen sauberer, der Service besser. Hier entsteht – in allen Teilen des Landes – gerade ein neues Stück Europa, mit einer Euphorie, wie man sie sich hierzulande manches Mal wünschen würde.

Hier einige besonders herausragende Begegnungen:

Treffen mit Josef Zissels

Josef Zissels ist Vorsitzender der jüdischen Gemeinde der Ukraine, also in etwa vergleichbar mit dem Zentralratsvorsitzenden der Jüd_innen in Deutschland. Der respektvolle, ältere Herr mit weißen Haaren und weißem Bart war zu Sowjetzeiten Dissident und kennt so manches sowjetische Gefängnis von innen. Insgesamt sechs Jahre verbrachte er in politischer Gefangenschaft.

Heute ist er – obwohl russischsprachig – glühender ukrainischer Patriot. Wir treffen ihn in einem geschmackvoll eingerichteten jüdischen Restaurant neben der Synagoge in Kiew-Podil. Einen nennenswerten Antisemitismus gibt es laut seiner Aussage derzeit in der Ukraine nicht, im Gegenteil: Beim Maidan wirkten zahlreiche jüdische Vertreter_innen aktiv mit und starben auch bei den Auseinandersetzungen. Selten, so Zissels, waren Juden so sehr in die ukrainische Gesellschaft integriert wie jetzt infolge der Maidan-Revolution. Zissels besteht auf dem uneingeschränkten Recht der Ukraine auf Selbstverteidigung, denn was derzeit im Osten der Ukraine stattfindet, gäbe es nicht ohne die Einmischung Russlands. Für das Verständnis gegenüber Putin im Westen hat er nicht das geringste Verständnis.

Die Kritik ist seit der Aufnahme der TTIP-Verhandlungen im Frühsommer 2013 konstant angeschwollen. Jüngsten Umfragen zufolge fordert inzwischen jede_r Vierte in Deutschland einen Stopp der Verhandlungen. Bei dieser neuen Art der Abkommen geht es eben nicht nur um Zollsätze, es wird auch eine Harmonisierung von ökologischen und sozialen Standards angestrebt. Und darauf deutet alles hin: auf dem jeweils niedrigsten Niveau. Das dürfen wir nicht mitmachen!

mittlerweile international die Emotionen hochkochen, begann doch hier mit der Einnahme der Sicherheitsbehörden der Stadt durch russische Spezialeinheiten, angeführt von Igor Girkin (auch bekannt als Igor Strelkov) die 2. Phase der Donbaskrise. Wochenlang hielten die sogenannten Separatisten die Stadt besetzt und errichteten hier eine Schreckensherrschaft, bei der Plünderungen, Raubzüge, Morde und Entführungen an der Tagesordnung waren. Die Separatisten besetzten die psychiatrische Klinik von Nikolaevka in den süd-

östlichen Außenbezirken von Slowjansk, welche in schweren Kämpfen von der ukrainischen Armee zurückerobert wurde. Durch die Ruinen dem Klinikchef folgend erfahren wir hier von der ausweglosen Situation der Bevölkerung. Ein Wiederaufbau der Klinik hat begonnen, ausschließlich in Eigenarbeit, Geld vom Staat gibt es keines. Man ist angewiesen auf Spenden und tatkräftige Mithilfe der Bevölkerung. Nicht besser sieht es bei den umliegenden Wohnhäusern aus.

Und dennoch, immer wieder wird uns bestätigt: Separatismus war hier bis März dieses Jahres nie ein Thema, eine gewisse Skepsis gegenüber der neuen Regierung gab es wohl, aber es wäre nie eskaliert, hätte Russland den Konflikt nicht künstlich entfacht. So bleibt hier die Hoffnung auf Frieden, wohlwissend, dass diese Frage weder im Westen noch in Kiew, sondern ausschließlich in Moskau entschieden wird.

Besuch der Stantsia Charkiw

Seit Ausbruch des Krieges im Donbas sind Millionen von Menschen aus der Konfliktregion geflohen. Allein in Charkiw gibt es laut inoffiziellen Angaben rund 400.000 Binnenflüchtlinge. Diese stehen häufig mittellos da, haben buchstäblich alles verloren. Wir sehen Menschen mit toten, hoffnungslosen Augen, die hier in einem kleinen älteren Gebäude in der

Charkiwer Bahnhofsvorstadt mit dem Nötigsten versorgt werden: Kleidung, Hygieneartikel, selbst Toilettenpapier ist notwendig, während in einem liebevoll eingerichteten Spielzimmer im 1. Stock die Kinder betreut werden, während die Eltern nach Wohnung und Arbeit suchen. Die Stantsia Charkiw verfügt über zwei Anlaufpunkte: das von uns besuchte Gebäude sowie einen Infostand im Bahnhof selbst. Hier steht es in aller Eindrücklichkeit zu lesen: „Wir sind keine Politiker – Wir helfen JEDEM“

Geld vom Staat bekommt diese NGO ebenfalls keines, aber die Notwendigkeit dieser Einrichtung ist jedem klar und so kommen sie einigermaßen mit Spenden über die Runden.

Noch weit mehr ließe sich über unseren Besuch in der Ukraine berichten. Aber für uns alle war klar: Es war nicht der letzte Besuch in diesem faszinierenden europäischen Land im Osten unseren Kontinenten.

Peter Koller

Einen Vortrag mit Diskussion über die Reise wird es in den nächsten Wochen geben. Konkrete Projekte zur weiteren Unterstützung der Ukraine sowie der beschriebenen Einrichtungen werden derzeit entwickelt. Nähere Informationen gibt es bei Peter Koller unter kollerspeter@gmx.de oder auf gruenlink.de/ucv

CETA, TTIP UND CO

NEU.FAIR.HANDELN!

„Einen neuen Start für Europa“ plakatierte die neue EU-Kommission groß zu ihrem Amtsantritt am 1. November 2014. Ein Neustart für die EU-Handelspolitik dürfte indes nicht damit gemeint sein, im Gegenteil. Wenige Tage vor der Amtsübergabe an seine Nachfolgerin Cecilia Malmström kündigte der scheidende Handelskommissar Karel de Gucht an, über die Frage des Charakters des EU-Singapur-Abkommens eine Einschätzung vom Europäischen Gerichtshof (EUGH) einholen zu wollen. Das ist nicht weniger als eine Kampfansage an die EU-Mitgliedstaaten. Die pochen bislang bei diesem wie bei anderen Abkommen darauf, ebenfalls Vertragspartner zu werden. Abstimmungen in den Parlamenten der Mitgliedstaaten stellen für die Kommission allerdings ein Problem dar angesichts der breiten öffentlichen Kritik an den CETA und TTIP-Verhandlungen.

Die Kritik ist seit der Aufnahme der TTIP-Verhandlungen im Frühsommer 2013 konstant angeschwollen. Jüngsten Umfragen zufolge fordert inzwischen jede_r Vierte in Deutschland einen Stopp der Verhandlungen. Bei dieser neuen Art der Abkommen geht es eben nicht nur um Zollsätze, es wird auch eine Harmonisierung von ökologischen und sozialen Standards angestrebt. Und darauf deutet alles hin: auf dem jeweils niedrigsten Niveau. Das dürfen wir nicht mitmachen!

Diese Abkommen untergraben unsere Demokratie

Ginge es allein um technische Normen wie die Farbe von Blinkern, wäre dies auch aus Grüner Sicht kein Problem. Doch zur Disposition stehen eben auch ethische Standards wie die Gentechnikfreiheit oder Entschädigungsforderungen, wenn sich die

demokratische Mehrheit für den Atomausstieg oder einen Mindestlohn entscheidet.

Für nicht akzeptabel halten wir deshalb die Gewährung von Sonderklagerechten für Konzerne im Rahmen dieser Abkommen. Die Debatte um ISDS – Investor-Staat-Schiedsgerichtbarkeit – wird inzwischen auf sehr hohem Niveau und mit Stellungnahmen vieler Rechtsexperten geführt, die die Kritik teilen. Noch steht das Urteil aus, ob Vattenfall eine

deutlich erhöhen. Die SPD, die sich hier vielfach negativ geäußert hat, steht für uns im Wort. Am Ende muss – sollten die umstrittenen Klauseln enthalten sein – eine Ablehnung der Abkommen stehen. Und die Anzeichen, dass in Brüssel nicht mehr über das „ob“, sondern nur noch über das „wie“ der Investitionsschutzklauseln in CETA verhandelt wird, sind zahlreich.

Transparenz statt Geheimverhandlungen

650.000 Unterschriften hat die selbstorganisierte Europäische Bürgerinitiative gegen TTIP und CETA inzwischen gesammelt. Täglich werden es mehr. Wir Grüne unterstützen die zivilgesellschaftliche Kampagne und versuchen, über Initiativen in den Parlamenten größtmögliche Transparenz herzustellen. Das ist nicht immer leicht. Auch wir Abgeordnete haben nicht zu allen Verhandlungsdokumenten Zugang, viele Informationen unterliegen der Geheimhaltung. So kann man Handelsverhandlungen im 21. Jahrhundert nicht führen. Statt Beiräten brauchen wir echte Transparenz und eine Debatte, wie diese Abkommen und die gesamte Handelspolitik neu aufgestellt werden müssen, um den Zielen zu dienen, für die wir Grüne seit Jahren kämpfen: faire Wirtschaftsbedingungen für Unternehmen und Verbraucher_innen unter Berücksichtigung sozialer Standards und der ökologischen Grenzen unseres Planeten.

Bärbel Höhn, MdB

Vorsitzende des Umweltausschusses

Das TTIP-Verhandlungsmandat auf Deutsch mit Grüner Kommentierung ist hier zu finden: www.ttip-leak.eu



Damit man auch in Zukunft noch weiß, was man isst: Freihandelsabkommen stoppen!
Illustration: Audrey (CC BY-NC 3.0)

Entschädigung aufgrund des Atomausstiegs zugesprochen bekommt. Schon entschieden wurde aber eine andere Vattenfall-Klage vor einem privaten Schiedsgericht. Danach wurden Umweltauflagen, die an die Genehmigung des Kohlekraftwerks Moorburg geknüpft waren, zum Teil zurückgenommen und außerdem noch eine Entschädigung gezahlt, über deren Höhe im Schiedsverfahren Stillschweigen vereinbart wurde.

Wir Grüne wehren uns vehement gegen den Abschluss von Abkommen, die die Gefahr solcher Klagen

DER KAMPF GEGEN BETRIEBSRÄTE – SELBST GEMACHT ODER ALS DIENSTLEISTUNG EINGEKauft

Betriebliche Mitbestimmung im Fadenkreuz

Der Fall Schlecker ging durch die Medien und auch in Fällen weiterer Einzelhandelsketten, Paketzustellendienste, Call-Center und Fast-Food-Ketten wurde öffentlich diskutiert, wie manche Unternehmensleitungen Betriebsräte und gewerkschaftliche Aktivitäten in ihren Firmen zu unterbinden versuchen.

Im Mai erschien die Studie der Otto-Brenner-Stiftung „Union-Busting in Deutschland“ (gruenlink.de/ucn), die dieses Thema ausführlich beleuchtet und belegt, dass es sich bei den bekannt gewordenen Fällen lediglich um „die Spitze eines Eisbergs“ handelt.

Betriebliche Mitbestimmung bedeutet Kompromissfindung

Die Autoren der Studie verwenden den aus den USA kommenden Begriff Union-Busting (Gewerkschaftszerschlagung) für die Charakterisierung jeglicher Form von Bekämpfung arbeitgeberunabhängiger Interessensvertretungen von Belegschaften in Betrieben.

Ein Betriebsrat, der die ihm gemäß Betriebsverfassungsgesetz verbrieften Mitwirkungsrechte ernsthaft wahrnimmt, wird zwangsläufig hin und wieder in Auseinandersetzungen mit der Unternehmensführung geraten. Idealerweise werden diese Konflikte konstruktiv gelöst: Es wird verhandelt, es werden Kompromisse gefunden, auch wenn es in Einzelfällen notwendig werden kann, eine „Einigungsstelle“ anzurufen. Auch dies kann durchaus im Rahmen der gesetzlich geforderten „vertrauensvollen Zusammenarbeit“ zwischen den Betriebsparteien geschehen.



Langfassung und Links:
blog.gruene-neukoelln.de

Betriebsrat = Machtverlust für die Chef_innen

Eine Unternehmensführung muss bei Bestehen eines Betriebsrates Abstriche bei ihrer unternehmerischen Handlungsfreiheit machen. So ist z.B. bei Einstellungen oder Versetzungen die Zustimmung des Betriebsrates erforderlich. Plant eine Unternehmensleitung etwa die Installation von elektronischen Arbeitszeiterfassungssystemen, Änderungen in der Arbeitszeitregelung oder gar die Einführung von Überwachungskameras, so muss sie sich mit dem Betriebsrat zusammensetzen und ggf. eine Betriebsvereinbarung abschließen.

Manch eine Unternehmensleitung jedoch will oder kann ihr Selbstverständnis als „Herrin im Hause“ nicht in Frage stellen – sei es aus prinzipiellem „Gutsherren-Denken“ heraus oder weil ein „betriebsratsverseuchter“ Betrieb sich nicht so leicht oder nicht so gewinnbringend veräußern lässt. Sie wird daher möglicherweise versuchen, einen bestehenden Betriebsrat zu zerschlagen, zu „entschärfen“ oder seine Wahl von vorne herein zu verhindern.

Maßnahmen zur Verhinderung von Betriebsratswahlen, Behinderung von Betriebsratsarbeit oder Benachteiligung von Betriebsratsmitgliedern sind eigentlich gesetzwidrig. Dennoch werden in der Studie zahlreiche Fälle von drastischen Aktionen von Arbeitgeber_innen gegen die betriebliche Mitbestimmung dokumentiert. Betriebsratsmitglieder genießen per Gesetz einen erweiterten Kündigungsschutz. Doch die Studie berichtet über zahlreiche Fälle, in denen es Unternehmensleitungen gelungen ist, sich unbequemer im Betriebsrat engagierter Mitarbeiter_innen zu „entledigen“.



Die Studie „Union-Busting in Deutschland“ kann bei der Otto-Brenner-Stiftung unter gruenlink.de/ucn bestellt werden.

Wodurch werden Aktionen gegen Betriebsräte begünstigt?

Die Autoren der Studie sehen einen Zusammenhang zwischen Tendenzen zur Bekämpfung von Betriebsräten einerseits und neoliberaler Umstrukturierung in der modernen Unternehmenswelt andererseits. So wird zunehmend auf Leiharbeiter_innen zurück gegriffen, Feststellungen werden durch Honorarbeschäftigte oder Werkverträge ersetzt, befristete Beschäftigungen nehmen zu, Prozesse werden zu Fremdfirmen ausgelagert und Lücken im Personalbestand durch Mini- oder Midijobs abgefangen. Da Strukturen betrieblicher Mitbestimmung jedoch häufig durch die langfristig beschäftigte Stammebelegschaft getragen werden, schwächt diese Instabilität den Bestand oder die Neugründung wirksamer Interessensvertretungen.

„Bewährte“ Methoden zur Ver- und Behinderung von Betriebsräten

Hierzu zählen vor allem Mobbing und andere Zermürbungstaktiken gegenüber einzelnen Betriebsratsmitgliedern oder -initiator_innen. Die Studie berichtet von zahlreichen Fällen, in denen Mitarbeiter_innen, die im Betriebsrat organisiert waren oder sich für dessen Wahl einsetzten, systematischer Schikane ausgesetzt wurden: kreuzverhörähnliche stundenlange „Personalgespräche“, unberechtigte Abmahnungen, Bespitzelung bis ins Privatleben hinein phantasievoll konstruierte Kündigungsgründe. Hierbei zeigt sich oft ein ausgeprägter „Rechtsnihilismus“ der Arbeitgeber_innen: Wissend, dass das Vorgehen rechtswidrig ist, wird die Kündigung gegen ein Betriebsratsmitglied dennoch ausgesprochen, in der Hoffnung, dieses zu zermürben, zu entmutigen, zur Eigenkündigung, zum Unterschreiben eines Aufhebungsvertrages oder zumindest zur Niederlegung des Betriebsratsmandates zu bewegen. Ebenfalls beliebt ist das „Spalten“ von Betriebsratsgremien: es wird versucht, arbeitgebernah gesonnene Mitarbeiter_innen in den Betriebsrat zu lancieren und/oder in bestehende Gremien einen Keil zu treiben, um sie in ihrer Handlungsfähigkeit zu schwächen. Gerne werden solche Bemühungen der Arbeitgeber_innen auch als aus der Belegschaft kommende Initiativen getarnt.

Rechtsnihilismus im Zusammenhang mit Union-Busting kann sich weiterhin in absurden Angriffen auf das Gremium als Ganzes äußern, etwa indem die normale Ausübung seiner Aufgaben zum Anlass genommen

wird, dem Betriebsrat ein gerichtliches Abwahlverfahren anzudrohen oder Mitgliedern für angeblich zu viel Betriebsratsarbeit während der Arbeitszeit mit Gehaltsabzug gedroht wird.

Spezialist_innen für Union-Busting: intern und extern

Teilweise stellen Unternehmen neue Führungskräfte ein, die bereits Erfahrungen im Union-Busting haben und diese „Qualifikation“ in ihrem neuen Job anwenden sollen. Oft wird diese „Expertise“ auch als Dienstleistung eingekauft, besonders häufig bei Rechtsanwalts- und Wirtschaftskanzleien, die sich darauf spe-

zialisiert haben. Es werden Tagungen und Seminare angeboten, die vermitteln, wie Betriebsräte torpediert und Betriebsratswahlen verhindert oder zumindest im Sinne der Arbeitgeber_innen beeinflusst werden können.

Was tut not?

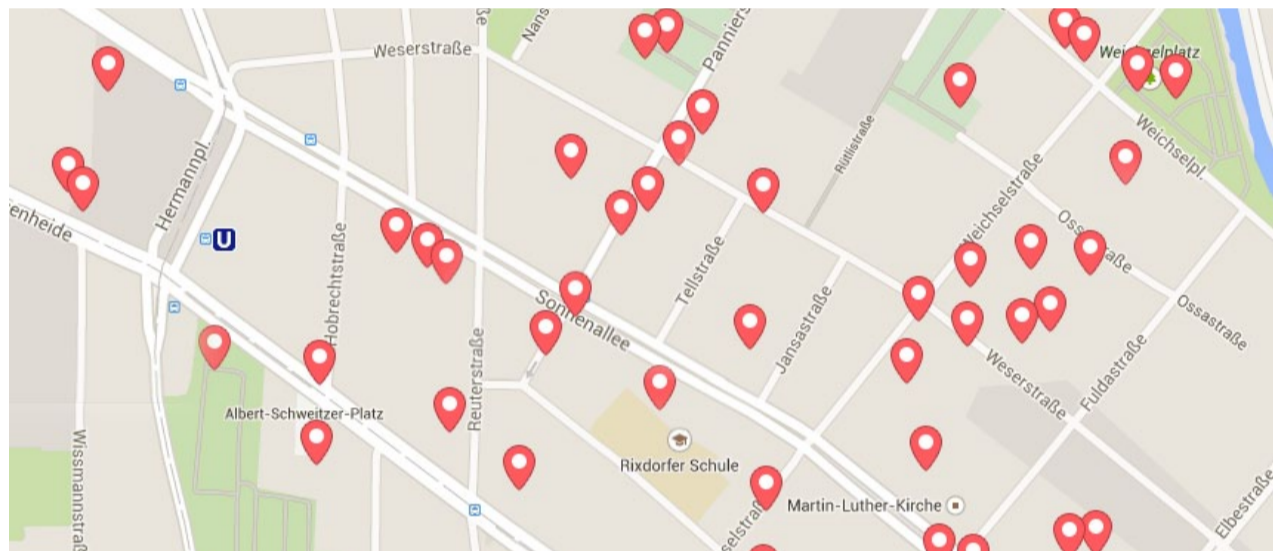
Regelungen und Strukturen betrieblicher Mitbestimmung sind keine anachronistischen Relikte aus alter Zeit, sondern in der heutigen Zeit der neoliberalen Umstrukturierungen notwendiger denn je und müssen gestärkt bzw. den modernen Strukturen angepasst werden. Auch eine Sensibilisierung der Öffentlichkeit für dieses Thema ist wichtig.

Die meisten Erwerbstätigen gibt es nach wie vor in abhängigen Beschäftigungsverhältnissen, so dass Zufriedenheit im Arbeitsleben, gute Arbeitsbedingungen, angemessene und gerechte Bezahlung und Partizipationsmöglichkeiten im Betrieb als wichtiger Bestandteil von Lebensqualität angesehen werden müssen. Arbeitszeit ist Lebenszeit und der Arbeitsplatz ist keine Kampfzone, sondern Lebensraum!

Susanne Lippert-Gulich
langjährig aktives Mitglied
von GewerkschaftsGrün
Berlin & Brandenburg
gewerkschaftsgruen-berlin.de

PRIVATE FERIENWOHNUNGEN IN BERLIN

Wie eine eigentlich gute Idee zweckentfremdet wird



Angebote Ferienwohnungen alleine eines Anbieters zwischen Herrmannplatz und Fuldastraße
Kartendaten: © 2014 GeoBasis-DE/BKG (© 2009), Google

Man darf davon ausgehen, dass Berlin in den USA einen guten Ruf hat. Seit die ehrwürdige New York Times in die Trompete der Berlin-Verehrung geblasen hat, kennt man die Stadt auch jenseits des Atlantiks. Jetzt sorgt sie wieder für Schlagzeilen, aber eher solche, die man sich nicht wünscht: Man wolle nicht so werden wie Berlin in Deutschland, meint Senatorin Liz Krueger aus Manhattan. Was ist da passiert? Die amerikanische Politikerin spielt auf den Mietmarkt an, der ihrer Meinung außer Kontrolle geraten ist – viele Bewohner_innen mögen das in Anbetracht ihrer steigenden Mieten schmerzhaft bestätigen. Mit Schuld daran: das Internet-Portal AirBnb, welches

Privatwohnungen zur vorübergehenden Miete vermittelt.

Eigentlich eine gute Sache, könnte man meinen. Man fährt übers Wochenende zu den Eltern oder Kindern, an die Ostsee oder wohin das Herz einen zieht. Die Wohnung, ungenutzt und leer, wird gefüllt und nebenbei ein paar Urlaubsgroschen verdient – gerade von Student_innen immer gerne gesehen. Zwar bewegt man sich hier rechtlich in einer Grauzone – sowohl was Vermieter_in als auch Finanzamt angeht – aber für die zwei, drei Wochenenden im Jahr wird es schon gut gehen. Der Philosophie der Share-Economy folgend, Leistungen zwischen zwei Privatpersonen zu erbringen, nur die Webseite in der Mitte. Mitnichten.

Wegstimmen ist das Gegenteil von willkommen heißen

Organisationen, Verbände und Einzelpersonen, die mit ihrer herausragenden Arbeit und ihrem großen Engagement Menschen den Einstieg in unsere Gesellschaft erleichtern, leisten einen unbezahlbaren Beitrag für Neukölln, für ein friedvolles Miteinander. Sie leben Willkommenskultur und sind ein Vorbild für uns alle und das sollte gebührend anerkannt werden. Die feierliche Verleihung eines Integrationspreises wäre eine solche Anerkennung.

Doch in der BVV-Sitzung am 17.09.2014 stimmten SPD und CDU unseren Antrag, einen solchen Preis auszuloben, sofort nieder. Nicht mal

eine Ausschussberatung sollte es geben. Diese Haltung ist bedenklich. Drückt die Zählgemeinschaft damit ihre Haltung zum Thema Integration aus oder ist das nur ein Missverständnis? Um das zu klären, hätte es eine Beratung in den zuständigen Ausschüssen geben müssen.

Um Menschen willkommen zu heißen, ein „Wir-Gefühl“ zwischen Mehrheitsgesellschaft und Migrant_innen, Zugezogenen und Flüchtlingen wachsen zu lassen, sollten wir weg von einer Defizit-Orientierung. Ein Integrationspreis wäre ein deutliches Zeichen dafür. Denn Menschen, die ihre Heimat verlassen mussten, ein emotionales Zuhause zu geben, ist unsere gemeinsame gesellschaftliche Verantwortung.

Mahi Christians-Roshanai
Mitglied der BVV

Ein New Yorker Gericht hat den Anbieter, der bei jeder Vermittlung eine Provision einstreicht, gezwungen, seine Kundendaten offenzulegen. Das Ergebnis: Allein 6 % der Anbieter_innen vereinen 36 % des Umsatzes auf sich. Mieter_innen werden verdrängt, um Platz für die deutlich rentableren Kurzvermietungen zu schaffen, der Mietspiegel steigt. Das Finanzamt sieht dabei keinen Cent. Das ist es, was Senatorin Krueger gemeint hat. So werden alleine in Neukölln über tausend Wohnungen, Privatzimmer oder ähnliche Unterkünfte zur Vermietung angeboten – fast ausschließlich innerhalb des S-Bahnringes.

Noch hat kein deutsches Gericht AirBnb zur Offenlegung der Daten verpflichtet – deshalb wäre jede Aussage über die Anzahl gewerblicher Anbieter_innen reine Spekulation. Allerdings wäre es verwunderlich, wenn es sich auf dem angespannten Berliner Mietmarkt anders verhalten würde als in New York oder jeder anderen Stadt mit hochpreisigen Mieten. Leidtragend sind, wie so meist, die Schwächsten der Gesellschaft: die Mieter_innen, welche verdrängt werden, genauso wie solche, die keine Wohnung finden und sich deshalb von hochpreisiger Untervermietung zu überteuerter Wochenmiete hangeln müssen.

Das ist schade. Die Idee dahinter – temporär leerstehenden Wohnraum zu nutzen – ist begrüßenswert und sollte nicht nur wegen einiger schwarzer Schafe im juristischen Müllhaufen landen. Vielmehr bräuchte es mehr Transparenz bei den Vermittlungsstrategien von Anbietern wie AirBnb. Nur so kann eine gute Idee auch positiv für alle umgesetzt werden. Man darf hier in Berlin auch mal von New York lernen.

Jakob Höber

FÜR MICH IST
NEUKÖLLN:

„...kaum noch
zu bezahlen.“
Hanni, 72 Jahre

BVV BRINGT VORUNTERSUCHUNGEN FÜR REUTER- UND SCHILLERKIEZ AUF DEN WEG

Milieuschutz endlich auch für Nordneukölln!

Nach dem Änderungsantrag zum Änderungsantrag zum Änderungsantrag war es schließlich soweit: In der September-Sitzung der Neuköllner Bezirksverordnetenversammlung (BVV) stimmte neben Grünen, Piraten und Linken auch die SPD für einen Antrag, der den Weg zur Einführung von Milieuschutzgebieten im Reuter- und im Schillerkiez ebnet. Nur die CDU enthielt sich, weil Milieuschutz „die Dynamik und die Vielfältigkeit des Bezirks“ behindere.

Eine Dynamik ist bei der in der letzten Zeit in Neukölln zu verzeichnenden deutlichen Zunahme von Modernisierungsmaßnahmen in der Tat zu beobachten. Einzelne Maßnahmen kommentierte selbst Baustadtrat Thomas Blesing (SPD) mit den Worten, hier werde modernisiert „nach dem Motto Geld spielt keine Rolle“. Die mit den Modernisierungen einhergehenden Mieterhöhungen sind für viele Bewohner_innen nicht mehr bezahlbar – sie müssen enger zusammen rücken oder umziehen. Solange die von der Bundesregierung angekündigte Mietpreisbremse nicht in Kraft ist, kann bei Neuvermietung dann meist

nochmal eine deutlich höhere Miete verlangt werden.

Kein Allheilmittel, aber hilfreich

Milieuschutz ist ein Instrument aus dem Baugesetzbuch, mit dem – vereinfacht gesagt – Luxusmodernisierungen wie der Anbau großer oder zweiter Balkone oder die Zusammenlegung von Wohnungen versagt werden können. Auch gegen Ferienwohnungen kann einfacher vorgegangen werden. Außerdem könnte der Bezirk die Umwandlung von Miet- in Eigentumswohnungen versagen. Hierfür müsste allerdings der Berliner Senat zunächst eine Umwandlungsverordnung erlassen, was bisher nicht erfolgt ist. Milieuschutz ist damit kein Allheilmittel gegen steigende Mieten, aber eine der wenigen bezirklichen Möglichkeiten, überhaupt tätig zu werden.

Aus diesem Grund werben wir bereits seit 2009 dafür, Milieuschutzgebiete in Neukölln auszuweisen. In den letzten Jahren haben wir immer wieder Initiativen gestartet, um das Thema auf die politische Agenda zu setzen. So hatten wir etwa 2013 wäh-

rend der Haushaltsberatungen für die Jahre 2014 und 2015 die Summe von 100.000 Euro für die Finanzierung von vorbereitenden Untersuchungen beantragt. Der Antrag wurde von der großen Koalition aus SPD und CDU abgelehnt. Stattdessen wurde auf Antrag der SPD für 10.000 Euro eine Vor-Voruntersuchung beschlossen, die im Gegensatz zur gesetzlich vorgeschriebenen Voruntersuchung allerdings keinen praktischen Nutzen hat.

Die Neuköllner SPD bewegt sich nur langsam

Während die SPD in anderen Bezirken wie Mitte oder Tempelhof-Schöneberg längst die Einrichtung von Milieuschutzgebieten in ihren Bezirken mitbeantragt und beschlossen hat, stand die Neuköllner Sozialdemokratie dem Instrument bisher offen ablehnend gegenüber. Der Fraktionsvorsitzende Lars Oeverdieck erklärte der taz noch wenige Tage vor der Abstimmung, dass seiner Meinung nach „der Milieuschutz am eigentlichen Ziel der Stadtentwicklung vorbeisteuert“.

Doch in den letzten Monaten war der öffentliche Druck stetig gewachsen. Das Neuköllner Mietenbündnis (www.mietenbuenndnis.de) hatte damit begonnen, erfolgreich Unterschriften für einen Einwohner_innenantrag zur Einrichtung von Milieuschutzgebieten zu sammeln. Aber auch innerhalb der SPD nahm das Grummeln über den Neuköllner Sonderweg in der letzten Zeit deutlich zu. Die Zeiten, in denen sich ihre Vertreter_innen klar positiv zur Verdrängung durch Wegzug geäußert haben, gehören damit hoffentlich endlich der Vergangenheit an.

Jetzt kommt es auf die Umsetzung an

Mit dem BVV-Beschluss ist die Verwaltung jetzt aufgefordert, unmittelbar die rechtlich notwendigen Voruntersuchungen für den Reuterkiez und im ersten Halbjahr 2015 auch für den Schillerkiez auf den Weg zu bringen. Dass für das Gebiet um den Reuterplatz die Voraussetzungen vorliegen, hat bereits die erwähnte Vor-Voruntersuchung gezeigt, mit der die große Koalition im Bezirk das Thema auf die lange Bank schieben wollte. Die Umsetzung des Beschlusses obliegt Baustadtrat Blesing, der aus seiner skeptisch bis ablehnenden Haltung in der Vergangenheit ebenfalls nie

einen Hehl gemacht hat. Spannend wird daher, wie das Bezirksamt den Milieuschutz konkret ausgestalten will. Hier wird es auf die konkreten Regelungen ankommen, die regeln, was unter welchen Voraussetzungen genehmigungsfähig oder nicht genehmigungsfähig ist. Um das Instrument nicht zum Papiertiger verkommen zu lassen, wird es dabei aber wohl weiterhin öffentlichen Drucks bedürfen.

Gleiches gilt auch für die Ausweitung von Milieuschutz auf weitere Kieze in Nord-Neukölln. Bis er im Reuter- und Schillerkiez wirklich in Kraft tritt, wird noch einige Zeit vergehen. In dieser Zeit wird der Verdrängungsdruck auch durch Modernisierungen weiter zunehmen. Umso wichtiger ist es, jetzt schon zügig die Weichen für die Ausweitung wei-

terer Milieuschutzgebiete zu stellen. Eine entsprechende Forderung, die etwa der Quartiersrat Richardplatz-Süd in einem offenen Brief an die Mitglieder der BVV erhoben hat, stößt daher bei uns auf mehr als offene Ohren. Bei der Neuköllner Sozialdemokratie allerdings wird es hierfür noch einiger Überzeugungsarbeit bedürfen.

Jochen Biedermann
Vorsitzender des Ausschusses für Stadtentwicklung

NACH ERFOLGREICHEM TEMPELHOF-VOLKSENTSCHEID

Bürgerdialog und soziale Wohnungspolitik



Touristen werden häufig pauschal verurteilt, dabei liegt das Problem ganz woanders
Foto: stohaflickr (CC BY-NC 2.0)

Der Volksentscheid zum Tempelhofer Feld war erfolgreich – die Randbebauung des Feldes nach dem Masterplan des Senats ist somit Geschichte. Nun brauchen wir eine Wende in der Stadtentwicklungs- und Wohnungspolitik, aber auch endlich eine neue Berliner Beteiligungskultur.

Berlin hat dem Senats-Masterplan für Tempelhof eine klare Absage erteilt. Der erfolgreiche Volksentscheid war ein Misstrauensvotum gegenüber dem Senat. Denn Stadtplanung geht nur im Dialog mit den Berlinerinnen und Berlinern und deren Votum könnte eindeutiger kaum ausfallen: Sie wollen bei der Gestaltung Berlins mitreden. Basta-Politik von oben funktioniert nicht.

Neue Beteiligungskultur für Berlin!

Der Senat muss jetzt seine Lehren aus dem Tempelhofer Volksentscheid ziehen. Er hat zwar angekündigt, die direkte Demokratie stärker zu fördern. Bisher fehlt es hierzu allerdings

an richtungsweisenden Ideen. Der Volksentscheid hat auch gezeigt, dass nicht nur eine stärkere direkte Demokratie, sondern auch eine bessere direkte Beteiligung im Planungsprozess erwünscht ist. Die Berlinerinnen und Berliner wollen mitreden und mitgestalten. Es bedarf hierzu einer gemeinsamen, kooperativen Planungskultur. Für Tempelhof haben sich die Berlinerinnen und Berliner mit dem Volksentscheid ihr eigenes, unabhängiges Beteiligungsverfahren erkämpft. Mit diesem Verfahren wird ein Standard gesetzt, der zukünftig für alle großen Stadtentwicklungsvorhaben gelten muss. Auch für die Zukunft der Historischen Mitte muss der Senat den Weg frei machen für eine bessere Beteiligung der Berlinerinnen und Berliner.

Konsequente Wohnungspolitik – im Bestand und im Neubau

Tempelhof hat auch gezeigt, dass die Berlinerinnen und Berliner in erster Linie wirklich bezahlbaren Wohnraum in einer lebenswerten

Umgebung wollen. Das hat sich nicht aus den Masterplänen des Senats ergeben. Deshalb brauchen wir jetzt eine soziale, ökologische und demokratische Stadtentwicklungspolitik für alle Menschen in Berlin. Dazu gehören auch Nachverdichtung und Wohnungsneubau. Dieser allein reicht aber nicht aus. Ohne eine konsequente Bestandspolitik wird günstiger Wohnraum schneller verschwinden als neuer gebaut werden kann.

Doch anstatt die Instrumente der Bestandspolitik – wie die Umwandlungsverordnung und die konsequente Rückumwandlung von Ferienwohnungen – zu nutzen, setzt der Berliner Senat allein auf Neubau. Allerdings ist der vom Senat aufgelegte Neubaufonds mit jährlich 1000 geförderten Wohnungen ein Tropfen auf den heißen Stein und muss mindestens verdoppelt werden.

Tempelhof ist auch ein Symbol für die Notwendigkeit einer Neuausrichtung der Berliner Liegenschaftspolitik: Denn obwohl Berlin noch über deutlich mehr Freiflächen als viele andere deutsche Metropolen verfügt, fehlt eine Priorisierung der Gebiete, die zuerst für eine Bebauung in Frage kommen. Berlin befindet sich unter einem enormen Veränderungsdruck, daher ist der Dialog über Pläne wichtiger denn je. Wenn sie transparent dargestellt werden, können Konflikte wie beim Tempelhofer Feld vermieden werden.

Der Erfolg von Tempelhof sollte der Neuanfang für eine neue Beteiligungskultur sein. Das hat Berlin nicht nur verdient, sondern bringt auch ein besseres Ergebnis und ein friedlicheres Miteinander.

Antje Kapek, MdA
Fraktionsvorsitzende und stadtentwicklungspolitische Sprecherin

DIE HÄUSER DENEN, DIE DRIN WOHNEN

Mieterschutz vor Spekulation



Protest gegen stark steigende Mietpreise

Milieuschutz ist eines der wenigen verbliebenen Instrumente auf Bezirksebene, um gegen Verdrängung und Mietsteigerungen vorzugehen. Daneben braucht es die Umwandlungsverordnung, um das Geschäftsmodell „Spekulation durch Umwandlungen in Eigentumswohnungen“ endlich zu stoppen. Es wurde höchste Zeit, dass das Neuköllner Bezirksamt handelt. Bereits seit vier Jahren ist der Verdrängungsdruck offenkundig. Der Milieuschutz kommt für den Reuter- und Schillerkiez fast schon zu spät, nun muss untersucht werden, ob und welche weiteren Gebiete unter Milieuschutz gestellt werden sollten. Hier braucht es jetzt schnelles Agieren statt erneuter, jahrelanger Diskussionen.

Das Instrument Milieuschutz kann sogar wieder zu einem scharfen Schwert werden. Denn mit einer Umwandlungsverordnung könnten die Bezirke in solchen Gebieten die Umwandlung von Miet- in Eigentumswohnungen unter Genehmigungsvorbehalt stellen. Die massiven Umwandlungen sind derzeit der hauptsächliche Verdrängungsmotor in Berlin. Der Druck auf die Mieter_innen steigt dadurch erheblich. Denn mit einer leeren Wohnung kann das Doppelte bis Dreifache auf dem Wohnungsmarkt erzielt werden. Erlassen muss diese Verordnung das Land. Seit zwei Jahren verspricht Stadtentwicklungssenator und baldiger

Regierender Bürgermeister Müller die Einführung.

Hamburg beweist die Wirksamkeit der Umwandlungsverordnung. An der Elbe hat sie nachweislich zu einem besseren Schutz der Mieter_innen vor Spekulation geführt. Dass auch Berlin dringenden Handlungsbedarf hat, zeigen die aktuellen Zahlen: 2012 wurden 7.264 Mietwohnungen in Eigentumswohnungen umgewandelt – fast doppelt soviel wie in den beiden Vorjahren. Die höchsten Umwandlungsquoten haben Friedrichshain-Kreuzberg, Pankow und Charlottenburg-Wilmersdorf. In Wilmersdorf, Schöneberg und Charlottenburg ist bereits jede vierte Wohnung eine Eigentumswohnung, der Durchschnitt in Berlin liegt bei jeder siebten Wohnung.

Eine Studie von STERN GmbH – die der Senat unter Verschluss hält – belegt die dramatischen Auswirkungen der Eigentumswohnungen auf die Miethöhen: Steigerungen von bis zu 30 Prozent! Die Umwandlungsverordnung ist also die entscheidende Erweiterung der wohnungspolitischen Eingriffsmöglichkeiten in Milieuschutzgebieten. Doch anstatt konsequent im Sinne der Mieter_innen zu handeln, glänzt der Senat wieder einmal mit Untätigkeit. Der Druck aus der Bevölkerung muss also noch größer werden.

Katrin Schmidberger, MdA
mietenpolitische Sprecherin



GRÜNE TREFFEN

Die Neuköllner Grünen treffen sich **jeden zweiten Dienstag** um 19 Uhr in der Berthelsdorfer Str. 9 (U-Bahnhof Karl-Marx-Straße hinter der Passage). Zur Diskussion stehen bezirks-, landes- und bundespolitische Themen. Termine und

Tagesordnung stehen (meist) einige Tage vorher im Internet unter www.gruene-neukoelln.de. Die Treffen sind öffentlich, auch Nichtmitglieder, die sich für grüne Politik im Bezirk interessieren, sind herzlich willkommen!